

Sauerländisches Volksblatt

Ältester Anzeiger für das Sauerland



Ämtliches Kreisblatt des Kreises Olpe

Das „S. V.“ erscheint jeden Samstag früh. Der monatliche Bezugspreis ist freibleibend, die Einzelnummern kosten 15 Goldpf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten entgegen. Störungen durch höhere Gewalt und Ausland verantworten keine Ersparnisse. Geschäftsstellen: Frankfurterstr. Nr. 16 und Bahnhofstr. Nr. 3. — Fernruf 2. — Postfach-Konto Köln Nr. 10 158.

Gegr. 1840.

Anzeigenpreise: 1 Millimeter Höhe im Ortsverkehr 8 Goldpf., f. Auswärtige 10 Goldpf., Ketten 40 Goldpf.; Offertengeld 25 Goldpf., umzurechnen nach dem am Tage der Zahlung gültigen Berliner Dollar-Kurs. Zahlbar bei Aufgabe, spätestens 3 Tage nachher, andernfalls Verzugszinsen berechnet werden. Eventuell gewählter Rabatt gilt nur als Rassenrabatt.

Nr. 16

Olpe, Samstag, den 19. Januar 1924.

84. Jahrg.

Die heutige Nummer umfasst 6 Seiten

Die große Frage.

Nachstehende Ausführungen eines besonderen außenpolitischen Mitarbeiters unserer Zeitung übergeben wir gern der Öffentlichkeit, wenn wir auch verschiedenen Gebankungen und Schlussfolgerungen nicht ohne weiteres zustimmen können. Immerhin glauben wir, daß die Darlegungen Anspruch darauf haben, im weitesten Umfang Beachtung zu finden.

Die kommenden Monate werden von den größten und wichtigsten Entscheidungen in der Außenpolitik beherrscht sein, und die Rückfragen auf die gesamte innere Politik werden sich dann auch von selber ergeben. Die zwei Angelpunkte der Entscheidungen betreffen einmal die deutsch-französischen Verhandlungen und zum zweiten die Reichstagswahlen. Und beide Probleme stehen in allerengster Wechselwirkung zu einander.

Ist man der Auffassung, daß für die ganze Zukunft des Reiches es keine wichtigere Entscheidung als diejenige über das deutsch-französische Problem gibt, — und über diese Auffassung herrscht nirgendwo innerhalb und außerhalb der deutschen Grenzen ein Zweifel! — dann zeigt sich ganz von selbst, von welcher außerordentlichen Bedeutung die diesmaligen Reichstagswahlen sein werden. Denn mittels dieser Wahlen soll der politische Wille der deutschen Nation erkundet werden, und das neue Parlament soll sich aus Persönlichkeiten zusammensetzen, die die großen Fragen der Außenpolitik in ihrer Gestaltung mitbestimmen beeinflussen und in ihren Rückwirkungen auf die innerdeutsche allgemeine Wirtschaftspolitik praktisch umsetzen sollen.

Was aber ist nun die große Frage? Seit Jahren wählen wir uns um ihre Lösung. Seit Jahren reden die Politiker an einander vorbei. Seit Jahren geschieht nicht nur nichts, um die Schwierigkeiten auszugleichen, sondern man vermehrt sie nur. Und darum besitzen wir noch gar nicht den wirklichen Frieden, darum fehlen vielmehr Methoden des Krieges in der einen oder anderen Form immer wieder. Aus diesem Zustand müssen wir und muß die Welt endlich heraus! Wir müssen, um das Problem klarer zu formulieren, zu einer wirtschaftlichen und auf ihrer Basis auch zu einer politischen Verständigung mit Frankreich kommen. Und dazu gehört zweitens, daß diese Dinge derart gestaltet werden, daß England nicht wie bisher ein Interesse daran hat, eine deutsch-französische Einigung aus Sorge für seine eigenen, vorwiegend materiellen Interessen an der Welt zu hindern, sondern, daß England sich bereit findet, die wirtschaftliche Entfaltung auf dem Festland und die daraus sich ergebenden Folgen hinzunehmen.

Dieses Problem zu meistern und es seiner Lösung auszuführen, ist außerordentlich schwer. Die Gegenstände sind heute noch so unausgeglichen wie vor fünf Jahren. Deutschland hat naturgemäß das sehr begreifliche Interesse daran, es sich mit Frankreich über die gesamten Fragen der Reparationen einig zu wissen, was aus seinen wichtigsten wirtschaftlichen Gebieten, aus Rhein und Ruhr, werden soll. Deutschland will und muß Klarheit darüber haben, was Frankreich politisch mit den von ihm besetzten Gebieten beabsichtigt.

Andererseits wittert Frankreich in dieser Haltung Deutschlands, die für uns Deutsche als die einzig mögliche sich darstellt, schlimme hinterhältige Absichten. Frankreich sagt, daß es sich nicht mit Details aus einem ganzen Fragekreis abgeben kann, daß es wissen müsse, wie die Regelung des Reparationsproblems in seinem ganzen Umfang sich stellt. Erst dann könne es zu Einzelheiten, also auch zu den Fragen betreffend Rhein und Ruhr, Stellung nehmen.

Damit sind Gegenstände umschrieben, die freilich auf den ersten Blick kaum ausgleichbar erscheinen. Die ganze Haltung, die Frankreich in all diesen Fragen bisher eingenommen hat, ließ in Deutschland, und selbst bei den maßgebendsten Regierungen, stellen den Eindruck aufkommen, als wenn es Frankreich nicht um wirtschaftliche, sondern um hochpolitische Ziele zu tun sei. Andererseits machen die berufenen Persönlichkeiten auf der anderen Seite, auch die in Deutschland tätigen amtlichen diplomatischen Vertreter inoffiziell und offiziell immer wieder darauf aufmerksam, daß Frankreich nichts fernere liege als dieses. Und von französischen wirtschaftlichen Kreisen kann man wieder hören, daß Frankreich mit eigenen Wirtschaftsfragen derart beschäftigt sei, daß es kein Interesse an der Verfolgung politischer dem Rheinland gegenüber habe. Hält man dagegen wieder die Vorgänge im Rheinland selber bei der Separatistenbewegung, so gewinnt man abermals ein neues Bild, und so kommt man aus den Schwankungen nicht heraus!

Hier liegen die Ursachen für die Unklarheit und für den Unfrieden in der ganzen Welt. Sie sind nur in einer offenen Aussprache, die Deutschland immer wieder angeboten hat zu hören, und durch eine offene Verständigung zwischen den beiden Völkern zu beseitigen. Aber kein Europa kann...

Die Pläne Hoodges.

Dr. Gehler in Tr. Eden. — Die Zustände in der Pfalz. —

Reorganisationspläne Hoodges.

Meldung des Wolff'schen Telegraphenbüros.

London, 19. Januar.

An der gestrigen Unterhausdebatte führte der Führer der Arbeiterpartei, Frank Hoodges, aus, die Arbeiterpartei einbringen. Wenn die Verstaatlichung das einzige Mittel zweckmäßiger Organisation von Industrie und Arbeiter sei, werde dies so geschehen werden.

Der Reichswehrminister in Dresden.

Meldung des Wolff'schen Telegraphenbüros.

Berlin, 19. Januar.

Lieber die kurze Unterredung, die der Reichswehrminister Dr. Gehler bei seinem Besuch in Dresden am 15. 1. mit dem sächsischen Ministerpräsidenten Schmidt hatte, sind widersprechende Nachrichten verbreitet worden. Die Unterredung hatte sich im wesentlichen so abgespielt, daß der Reichswehrminister dem Ministerpräsidenten gegenüber zum Ausdruck brachte, daß die Reichsregierung und der Anhaber der vollen Gewalt in Sachen der neuen sächsischen Regierung vertraue. Generalleutnant Müller wurde dahingehend beauftragt, um die Regierung zu stärken, sich nach Möglichkeit in der vorliegenden Gewalt zurückhalten und hierüber sich mit dem Ministerpräsidenten in den nächsten Tagen zu besprechen.

Allgemeine Ablehnung der autonomen Regierung.

Meldung des Wolff'schen Telegraphenbüros.

Berlin, 19. Januar.

Der Sonderberichterstatter des Daily Telegraph in Spreng schreibt: Generalconsul Elmes habe ge-

Ruhe und keinen Frieden finden als bei eine auf wirtschaftlicher Basis sich gründende deutsch-französische Verständigung zustande kommen wird. Wir würden es durchaus für falsch halten, wenn wir das tatsächlich eine bestimmte politische Stimmung auszuweisen würde, die die Verständigung mit Frankreich so lange hinausgeschoben würde, bis das Kabinett Polcare durch ein gemäßigtes abgelöst sein würde. An manchen Kreisen scheint man viel mehr davon zu verprechen, die endgültige Behandlung dieser Dinge bis nach den Kammernwahlen in Frankreich zu verschieben in der Hoffnung, dann eine andere „Atmosphäre“ vorzufinden.

Wir würden eine Pflicht veräumen, wenn wir vor Erwartungen, die sich auf solche Annahmen stützen würden, nicht nachdrücklich warnen wollten. Man muß sich vollkommen darüber klar sein, daß die Grundintention der französischen Politik in gewissen Dingen und namentlich in dem Verhältnis Frankreichs zu Deutschland ebenso feststeht, als geradezu unabänderlich für lange Zeit hinaus sein wird, wie auch die Grundintention der englischen Fragen feststehend und unabänderlich ist! Es dürfte in Frankreich ein Kabinett kommen, wie immer es aussehen möge, es würde die grundsätzliche Reparationspolitik, wie sie bisher von der französischen Regierung betrieben worden ist, weiterführen. Und andererseits würde auch eine Arbeiterregierung in England in gewissen Punkten genau dieselbe Politik machen müssen und auch wirklich durchführen, wie sie eigentlich schon seit Jahrzehnten in England hinsichtlich gewisser politischer Interessen üblich war.

Voraus es jetzt ankommt, ist, den Ausgleich zu finden einerseits zwischen Frankreich und Deutschland und dann von dieser geeigneten Gruppe aus den Ausgleich zwischen ihr und England. Hier liegt das große Problem, die große Frage umschrieben, die die politischen Entscheidungen der nächsten Zukunft, nicht nur in Deutschland, ausschlaggebend beherrschen muß.

Im Schicksalslande des deutschen Volkes

Eindrücke aus den besetzten Gebieten.

Von Dr. W. Rothf., Düsseldorf.

Die Worte Rhein und Ruhr umfassen, wie der Reichsminister des Innern, Dr. Jarres, in einer Neubetrachtung zum Ausdruck brachte, das Schicksal des deutschen Volkes. Im alt- und neubestehenden Gebiet wird in der Tat um das deutsche Schicksal gewürfelt. Wir alle haben noch in früherer Erinnerung die Vorgänge des letzten Jahres, all die blutigen Vorkommnisse und gleichzeitig die gewaltigen Hebelkräfte, die von einer still durcheinander in langem, jähem Kampfe verrichtet worden sind. Was den Abwehrkampf an Rhein und Ruhr auszeichnet hat, das ist jenes Ringen, das erprobter und nie erlebender deutscher Gefühls- und deutscher Wille. Das Jahr 1920 zeigte diesen Kampf auf der Höhe. Aber man soll nicht glauben, daß mit dem Abbruch des politischen Widerstandes der Kampf um das deutsche Schicksal sich in anderen Formen, aber in denselben Gefühls- und Wille wiederholen wird. Wenn wir heute zurück-

stern mitgeteilt, daß seine Untersuchung der Lage in der Pfalz heute zu Ende gehe und daß er sich dann nach Koblenz begeben werde, um Lord Allmonat Bericht zu erstatten. Man könne sagen, daß seine Untersuchung die allgemeine Ablehnung der sogenannten autonomen Regierung ergeben habe. Die Lage in der Pfalz könne nicht fortauern. Sein Bericht werde sehr umfangreich sein, er habe sich nicht nur selbst Notizen gemacht, auch seine Sekretäre hätten die Erklärungen niedergeschrieben, die aus allen Teilen der Pfalz abgegeben worden seien. Das Hauptergebnis sei, soweit man hoffen könne, fortzubauern.

Zur Streiffrage.

Meldung des Wolff'schen Telegraphenbüros.

Köln, 19. Januar.

Zu den Vorgängen in Anapach wird berichtet: Gestern morgen demonstrierte eine Menge von 2000 Personen, hauptsächlich Jugendliche, in der Altstadt, in die noch arbeitenden Betriebe einzubringen. Die Polizei wurde mit Steinen und Brickschlägen beworfen, aus wurde aus dem Hinterhalt ein Schuß auf sie abgegeben. Darauf machten die Polizeibeamten von der Schusswaffe Gebrauch. Zwei Personen wurden getötet und drei verletzt.

Das Erdbeben in Japan.

Meldung des Wolff'schen Telegraphenbüros.

Tokio, 19. Januar.

Das letzte Erdbeben hat nach den neuesten Schätzungen 30 Opfer, sämtlich Japaner, gefordert. Die durch die neue Katastrophe zerstörten Verbindungen sind wieder völlig hergestellt. Seit Dienstag hat nur noch einige leichte Erschütterungen erfolgt.

bringen, daß die staatsrechtlichen Verhältnisse im Rheinland und im Ruhrgebiet neu geordnet werden und endlich klare Verhältnisse geschaffen werden, dann bedeutet diese Forderung nichts anderes als das Verlangen nach Deutscherhaltung dieser urgermanischen Stammeurwandien Lande. Nur derjenige, der längere Zeit im besetzten Gebiet gelebt hat, hat eine Vorstellung davon, wie schwer dieses Ringen um die Erhaltung des Deutschtums in der Grenzmark des Reiches ist, und mit welchen raffinierten Mitteln die französische Besatzung und Propaganda das Deutschtum auszurotten sucht.

Man gehe einmal durch die Straßen des besetzten Gebietes, und man wird staunen, wie sehr sich das äußere Bild der deutschen Städte und ihrer Straßenzüge gegen früher verändert hat. Da sind zunächst die vielen französischen, belgischen und englischen Uniformen, die einem auf Schritt und Tritt begegnen, und deren Zahl bei weitem die Zahl der früher im Rheinland vorhandenen deutschen Militärs übertrifft. Dem Volk begegnet man heute zu jeder Tages- und Nachtzeit. Er findet sich auf den Straßen, in den Hotels und Restaurants, in den größeren öffentlichen Gebäuden und kann nicht zusehen in den Privatquartieren. Der Deutsche im besetzten Gebiet hat sich im allgemeinen daran gewöhnt, die Angehörigen der fremden Besatzungsmächte mit Achtachtung zu strafen. Man hat sich aneinander gewöhnt, man geht aneinander vorbei, man grüßt sich nicht und läßt den anderen seines Weges gehen. Dieser modus vivendi wird allerdings aus der zweifelhafte Empfinden. Wittert allerdings dann einem Deutschen die Anwesenheit des fremden Militärs auf die Kernen fallen. So gibt es bestimmte Cafés und Gastwirtschaften, in denen es regelmäßig von französischem Militär wimmelt. Es muß hinzugefügt werden, daß das fremde Militär sich einzelne solcher Gaststätten zu seinem ständigen Treffpunkt erwählt hat. In solchen Lokalen kann der Deutsche sich nicht anders als ungemütlich fühlen. Links und rechts von ihm sitzen französische Offiziere oder andere Choren. Der Deutsche tut in solchen Fällen am besten, seine Unterhaltung so leise wie möglich zu führen. Denn er wird von allen Seiten beobachtet, und es kann ihm passieren, daß seine Worte von französischen Spionagen und deutschen Besatzung, die sich die Beobachtung der deutschen Bevölkerung zur ständigen Gewohnheit gemacht haben, aufgeknippt werden, und daß er daraufhin verhaftet wird. Solche Fälle sind tatsächlich an mehreren Orten vorgekommen.

Mit großem Taktum zieht jeden Tag um die Mittagsstunde die französische Wache unter Aufsicht zum Quartier des Generalcommandanten, wie in Düsseldorf, oder des höheren Delegierten in anderen Städten, wie in Koblenz, Mainz oder Wiesbaden. Das französische Volk liebt solche Aufzüge, und es liebt auch die clatrons, die heute die Straßen der deutschen Städte mit ihrem Geheul erfüllen. Den deutschen Ohren erklingt diese Wache weniger angenehm. Man kann die Faust in der Tasche und läßt diesen Kesselschall an sich vorbeiziehen. Jeder fühlt sich immer noch dem gleichen unter der Besatzung, die beim Vorüberziehen der französischen Wache seinen Frieden und die den Zug erzittern.

Die Franzosen und Belgier haben alle früheren deutschen Regierungen beschlagnahmt und sich auf Kosten des Reiches eine ganze Anzahl neue dazu bauen lassen. Hier herrscht der französische Militarismus in Reinkultur. Es hat sich in jeder größeren besetzten Stadt ein richtiges militärisches Viertel entwickelt. Eine Eigentümlichkeit dieser Kolonien ist es, daß sie alle an sichtbarer Stelle mit dem Namen irgendeines verdienten französischen Marschalls oder Generals bezeichnet sind. So finden wir dort ein Quartier Petain, ein Quartier Roelke, ein Quartier Marchal Hoch u. a. m. Auch die Privatquartiere werden vielfach so gekennzeichnet. Als plebisitisch muß man die Gewohnheit, solche Privatquartiere mit dem Namen eines im Weltkriege gefallenen französischen Offiziers zu bezeichnen, ansehen. So wird von der französischen Besatzung die militärische Tradition und die Erinnerung an ruhmvolle Kriegstaten auf Schritt und Tritt gepflegt. Nicht ohne stillen Reiz muß man auf die Tischnäpfe der Franzosen und Belgier sehen. Die Strafen, die von französischen Kriegsgerichten selbst wegen geringfügiger Vergehen verhängt werden, sind außerordentlich hoch. In den deutschen Gefängnissen sind ständig Abteilungen für französische Arrestanten reserviert. Außerordentlich intensiv arbeitet die französische Sicherheits- und Kriminalpolizei. Sie hat ihre Spione und Spione überall. Man findet sie auf den Straßen, in den Lokalen, im Theater und bei öffentlichen Veranstaltungen. Der Eingeweihte kennt diese Typen schon. Aber der Deutsche aus dem unbesetzten Gebiet fällt ihnen leicht mit einer unbefangenen Neugier anheim.

Die deutsche Bevölkerung an Rhein und Ruhr hat dieses alles und noch viel mehr in dem heroischen Kampfe ertragen. Der seelische Druck ist wohl seit Aufbruch des politischen Widerstandes etwas gemindert, aber er hört niemals ganz auf. Dafür sorgt schon die allgemeine politische Unsicherheit und die enorme Last der Einkartierung, die heute alle Einnahmen des Reiches aufzufressen droht. Gewiß gibt es auch Abtrünnige im besetzten Gebiet. Aber sie legen sich in der Hauptsache doch aus minderwertigen oder korrupten Elementen zusammen, die irgend etwas aus dem Herrholz haben oder aus log. geschäftlichen Gründen, denen das Geschäft höher steht als das Vaterland. Die überlebende Masse der Bevölkerung will nichts von diesen Regenten wissen. Aber man vergesse nicht, daß der Abwehrkampf der Bevölkerung außerordentlich schwer ist. Besonders angeht es der geradezu trostlosen wirtschaftlichen Verhältnisse. Das deutsche Volk an Rhein und Ruhr wehrt sich zwar bis zum äußersten gegen dieses wirtschaftliche Chaos. Aber die Verhältnisse sind manchmal stärker als der beste Wille zum Aufbau. Unsere Pflicht im unbesetzten Gebiet ist es, unsere deutschen Landsleute in der westlichen Grenzmark in ihrem schweren Kampfe um die Erhaltung der deutschen Art und Gesinnung bis zum äußersten zu unterstützen. Arbeiten wir dafür, daß der Zusammenhang mit dem herrlichen Land am Rhein nicht gerissen wird. Deutsch ist der Rhein, und deutsch muß er bleiben!

Rentenmarkt und Wahlkampf.

Rentenmarkt und Wahlkampf: eine sonderbare Zusammenstellung! Und doch hat es allen Anschein, als wenn die Rentenmarkt, vor allem ihr Wertebegang und ihre gegenwärtige Stabilität eine nicht geringe Rolle im kommenden Wahlkampf spielen soll.

Schon seit einiger Zeit ist eine Bewegung im Gang, die mit aller Gewalt den deutschen Nationalen Abgeordneten und Staatssekretären des Reiches zum „Vater der Rentenmarkt“ machen möchte. Die Erfolge der Rentenmarkt werden schon ganz und gar von deutschnationalen und den ihnen nahestehenden großindustriellen Kreisen in geradezu parteipolitischen Sinne ausgelegt. Nun hat Heffler selber das Wort ergriffen, um allerdings einerseits den selbst im „verblüffenden Erfolg der Rentenmarkt“ zu scheitern, andererseits aber auch, um schon im voraus für alle etwa kommenden Schäden für die Rentenmarkt jeder Verwischung der Verantwortlichkeit von vornherein zu verhindern. Gefahren für die Rentenmarkt sieht der Abgeordnete Heffler merkwürdigerweise nicht in den unerhörten Treibereien (Spekulationen) und auch gerade seiner Parteirichtung recht nachstehender industrieller Kreise, sondern darin, daß die Zahlungen für die Offizialenmächte von der Reichsregierung wieder aufgenommen werden. Unter diesen Zahlungen sind vor allem die Besatzungskosten zu verstehen, die die Reichsregierung im Interesse der besetzten Gebiete und damit im Interesse des ganzen Deutschen Reiches der nun schon seit vielen Jahren so schwer leidenden rheinischen Bevölkerung ausbezahlt hat. Lieber die politischen Wirkungen der Einstellung solcher Zahlungen gibt es in ununterrichteten Kreisen gar keinen Zweifel. Heffler's „Warnung“ kommt im Effekt auf gar nichts anderes hinaus, als auf eine Hintertreppe, nämlich über den Weg der Verweigerung der Zahlungen, erzielte Verpflegung der besetzten Gebiete.

Im übrigen steht es gerade Dr. Heffler sehr leicht an, die Regierung vor Gefahren für die Rentenmarkt zu warnen. Ist es doch gerade Dr. Heffler, ein sehr bekannter Mann, der die Verhältnisse der Besatzung der Rheinlande seit Jahren so genau kennt, daß er unter dem Namen Dr.

rufen darauf, daß zuvor die sogenannte „Balkonier“ der deutschen Handelsbilanz behoben werden müßte, und daß alle solche Verluste gar keinen Zweck hätten und nur eine Geldverschwendung bedeuteten, wenn man nicht von allen Dingen in der Reparationsfrage volle Klarheit besäße.“ Gerade die Partei Dr. Helfferich hat immer wieder die Befragung des Ruhrgebiets durch die Franzosen als eine höchst belanglose Sache hingestellt. Von dieser Seite ist der Ruhrreinmarsch förmlich mit Jubel begrüßt worden, und der an sich gewiß selbstverständliche passive Widerstand ist von dieser Seite zu finanzieren ganz und gar vergessen worden. Diese Dinge haben dann dazu geführt, daß die Mark bis zu einem Billionenstel entwertet wurde, und daß in diesem Stadium, nachdem wieder einmal alles verloren war, haben sich auch jene Kreise aufgeschlossen, die zur Stützung der Währung befohlen. Helfferichs Plan war keine Mente, sondern eine Kognomente. Die neue Münze sollte nach seiner Ansicht einzig und allein auf die Kognomente abgestimmt werden. Wohin wir damit gekommen wären, zeigt uns die gegenwärtige Preisbewegung für den Roggen. Die Roggenmerkmale sind jetzt fast 50 Prozent unter dem Roggenpreis, der auch gegenwärtig noch wesentlich unter Friedenspreis steht. Wir würden also heute schon die Kognomente Helfferichs um mindestens die Hälfte entwertet sehen. Es ist höchste Zeit, daß mit der Legende vom „Vater der Rentenmark“ Schluss gemacht wird.

Wenn Dr. Helfferich sich jetzt in so ostentativer Weise gegen die Zahlungen der Reparationskosten wendet, so muß man doch daran erinnern, daß es eine Zeit gab, — und sie liegt erst wenige Wochen zurück, — in der die Deutschnationalen selber die von ihnen bis dahin so viel geschmähte sogenannte „Erfüllungslosigkeit“ durchaus anerkennen bereit waren. Es war damals, als die Deutschnationalen, um in die Regierung zu kommen, sich bereit fanden, ihrer bisherigen Politik abzuschwören. Damals waren die Deutschnationalen bereit, die Führung der Außenpolitik seit den Tagen des Zusammenbruchs durchaus anzuerkennen. Sie wollten in den wichtigsten „Prinzipienfragen“ durchaus mit sich reden lassen, und sie waren sogar bereit, den von ihnen als Kanzler gestützten Abgeordneten Ertelmann als Außenminister in einem neuen Kabinett zu akzeptieren. Was bedeutet das anders als eine Billigung der Führung der Gefährte der Außenpolitik in der bisherigen Form und als das Zugeständnis, in derselben Weise sich zu betätigen. Um den Preis der politischen Herrschaft waren damals sämtliche in Volksoverfassungen und Presse-Verordnungen so hoch und heilig geschworenen „Prinzipien“ der Deutschnationalen vorübergehend. Man soll uns darum jetzt nicht damit kommen, daß die Verfechter der Reichsregierung, zu einer auch von verständiger Deutschnationaler Seite unbedingt für notwendig gehaltenen Verständigung mit Frankreich in Verbindung gebracht werden mit einer Wahlperiode, die man wieder auf der Rentenmark und ihrem Schicksal aufbaut. Der Abgeordnete Helfferich, der in seinen letzten Presse-Äußerungen das Wort von „strafwürdigen“ Verzögerungen bei der Schaffung der Rentenmark gebraucht, sollte sich lieber nicht an gewisse strafwürdige Verzögerungen in unserer Finanzpolitik erinnern lassen zu Zeiten, in denen er sich bei einem bestimmten „Einfluß auf die Gestaltung dieser Dinge hatte.“ Dr. Helfferich wäre auf eine ganz bestimmte Stelle gestellt, eine Verleumdung, die der deutschen Wirtschaft sehr nützlich sein könnte. Daß er sich immer wieder dazu hinreißen läßt, die Dinge einseitig zu sehen, ist ein Unglück nicht nur für ihn, sondern auch für das Volk!

Herabsetzung der Einkommensteuer in den Vereinigten Staaten.
Während in allen Ländern, die Bevölkerung unter einem dauernd schwerer werdenden Druck der Steuerlasten seufzt, ist das glückliche Amerika

in der Lage, die Lasten seiner Steuerzahler durch Herabsetzung der Einkommensteuer fühlbar zu erleichtern. Nach dem Vorschlag des Steuerkommissars für die Finanzen soll im neuen Rechnungsjahr der zur Erhebung kommende Einkommensteuervertrag um 220 Millionen Dollar getriggert werden. Das bedeutet für die Bundeskasse eine Einbuße in Höhe von etwa 10 Prozent des Einkommensteuervertrages im letzten Finanzjahr.

Die steuerliche Erleichterung ist in der breitesten steuerpflichtigen Schicht (1000 bis 6000 Dollar), die über 13 Millionen Steuerpflichtige umfaßt, am größten. Sie beträgt für ein Einkommen von 300 Dollar jährlich 100 Dollar. Steuerpflichtige mit einem Einkommen von über 100 000 Dollar wurden im letzten Finanzjahr 16 500 gezählt. Bei Einkommen von über 1 Millionen Dollar tritt eine Ermäßigung von 0,24 Proz. ein. Für die breite Schicht der Kleinkommen bringt diese Erleichterung des Finanzministers zweifellos eine ins Gewicht fallende Erleichterung. Dabei dürfen die deutschen Einkommensteuerpflichtigen nicht ohne Reiz die Entdeckung machen, daß die Steuer in den Vereinigten Staaten erst bei einem Einkommen von über 4000 Goldmark beginnt. Bei gleichem Vorgehen wäre freilich in Deutschland unter den jetzigen Verhältnissen eine Einkommensteuer nahezu gegenstandslos.

Die Regierung der Vereinigten Staaten erwartet aber von ihrem Schritt nicht nur keinen Verlust für die Staatsfinanzen, sondern im Gegenteil Nutzen durch die Belebung der Wirtschaft, die von der erhöhten Kaufkraft der beiden Einkommenschichten ausgehen wird.

Ortsnachrichten aus dem Kreise Olpe.

Olpe, 19. Jan. Bei der Ostern d. Sa. stattfindenden Schulentlassung der Jüglinge des städtischen Waisenhauses in Köln sind über 100 Jungen in Cölnen untergebracht. Bei dem Eintritt in die Lehre wird jedem Lehrling eine gute vollständige Ausstattung verabfolgt. Dem Lehrling muß während der Lehrzeit vom Lehrmeister Kost, Wohnung und Reinigung der Wäsche gestellt werden. Für Kleidung und Wäsche wird an den Lehrmeister während der Dauer der Lehrzeit ein Kleidergeld gezahlt. Die sonstigen Bedingungen sind: Mindestzeit des betr. Gewerbes, Besuch der Fortbildungsschule, Ablegung der Gesellenprüfung am Schluß der Lehrzeit. Die Lehrmeister müssen die Meisterprüfung abgelegt haben oder sich im Besitz des kleinen Befähigungsnachweises befinden, das ist eine Befähigung des Landratsamtes, daß Lehrlinge ausgebildet werden dürfen.

Olpe, 19. Jan. Zur Aufklärung über Einziehung der Zerpredgsgebühren diene folgendes: 1. Einziehung durch Briefträger erfolgt nicht mehr. 2. Sobald die Gebührenschuld einen Grundbetrag von 10 M. erreicht hat, erhält der Teilnehmer durch Postkarte schriftliche Aufforderung zur Zahlung. Der Betrag ist sofort beim jeweiligen Postamt oder Postagentur oder auch durch Lieberstellung auf das Postkontokonto der Verwaltungskasse zu entrichten. 3. Am Monatsende wird den Teilnehmern die Gebührenliste mit Abrechnung und Gebührenschein überreicht. Die Lieberstellung der Tasse stellt jedoch keine Zahlungsaufforderung dar. Diese erfolgt stets nur durch besondere Karte.

Olpe, 19. Jan. Deutsches Notgeld. In den nächsten Tagen werden, wie der amtliche Preußische Pressedienst mitteilt, Notgeldscheine des Reichsaates Preußen über 5 Goldmark, entsprechend fünfzig zweihundertzigst Dollar nordamerikanischer Währung in Verkehr gegeben werden.

Provinzielles

Witz Eitelkeit, 17. Jan. Oberwachmeister Bauer und Wachmeister Richter wurden gestern abend, als sie im Auto die Sabowstraße entlang fuhren, aus dem Auto geschleudert. Anscheinend infolge Bremschadens fuhr das Auto auf der steilen Straße in rasender Geschwindigkeit gegen ein Haus. Bauer wurde sofort getötet, während Richter schwere Verletzungen davontrug.

Engelskirchen, 17. Jan. (Weidmannsheil.) Hier erlegte ein Jäger mit einem Schuß drei Wildgänke. Der Jäger hatte mit Mehlpösten in eine Gruppe dieser nordischen Tiere hineingeschossen. — In den Engelskirchen Forsten wurden dieser Tage neun Wildschweine in einem Tannenbüschel eingetrennt. Ein Jäger erlegte davon vier.

Aus dem Hönnetal, 17. Jan. Zwei Kindesleichen fanden dieser Tage Beamtin in dem Zuge, der abends 10 Uhr in Neuenrade anlangt. Die Polizei ermittelte, daß in Neuenrade eine weibliche Person aus dem betreffenden Wagenabteil gestiegen und in die Stadt gegangen war. Die Frau wurde in Fröndberg ermittelt und verhaftet. Bald darauf konnte auch die uneheliche Mutter festgenommen werden. Ob es sich um einen Kindermord handelt, wird die Untersuchung ergeben.

Rein, 17. Jan. Die Landleute machten am Freitag früh lange Gesichter, als sie auf dem Kölner Markt ankamen und dort schon Riesenmengen Gemüse erblickten. Die Markthalle war vollgepfropft und auch der Heumarkt war fast ganz besetzt. Nachdem zu Beginn des Marktes einige auswärtige Händler die besten Waren ausgelesen und so ihren Bedarf gehabt hatten, zeigte eine unglaubliche Flut ein, die anhielt und eine Preissteigerung von Stunde zu Stunde zur Folge hatte. Verkauft wurde jedoch nur wenig; die Händler sagten, daß auch sie bei der großen Arbeitslosigkeit und der allgemeinen Geldknappheit keinen Absatz hätten. Von 8 Uhr standen noch Riesenmengen Gemüse zur Verfügung, und obgleich Kraut und auch Weißkohl schon zu 5 Pf. angeboten wurden, fanden sich fast keine Abnehmer. Um diese Zeit standen auch noch mit Kohlgefüllte Wagen aus der Neuhäuser Gegend auf dem Heumarkt, und die Großhändler in der Halle waren alle mit holländischem Gemüse versehen. Auch Obst gab es in Hülle und Fülle.

Olpe, 18. Jan. (Reiche Jagdbeute.) Der Jagdgemeinschaft an der Raulenburg gelang es auf ihren Streifen an der Olpe in den letzten Wochen 101 Wildenten, 4 Wildgänse und 2 wilde, schneeweiße Schwäne zu erlegen. Besten hatten eine Flügelspannweite von 2 Meter, ein Gewicht von je 18 Pfund und eine Spannweite vom Schnabel bis zum Ständer von 1,45 Meter. Die zwei Schwäne wurden aus einer Geflügelstube von fünf Stück in einer Doublette herausgeholt, als sie sich zu schwerfälligem Fluge erheben wollten. Wilde Schwäne, jedoch von grauer Färbung, sind hier zuletzt vor 27 Jahren erlegt worden. Heute, nach dem Eintritt von Tauwetter, ist von den gefiederten Wintergästen aus dem Norden nichts mehr zu erblicken.

Frankfurt a. M., 17. Jan. Wie gemeldet wird, sind in Lage a. M. Seidenhühner geschickt worden, die in den nördlichen Polarstrichen heimisch sind und nur bei sehr starkem Schneefall ihre Heimat verlassen. Der Vogel ist so groß wie eine Taube und hat ein prachtvolles Federkleid. Man hat ihn jetzt in mehreren in diesen südlichen Gegenden nicht beobachtet können.

Aus dem Speiser, 17. Jan. Kälte, Schnee und jetzt auch Seuchen, haben unter den reichen Wildbäueren des Speiser ein großes Wildsterben verursacht. Unter den Wildbäueren des fürstlich Löwensteinischen Wildparks in Marienbrunn ist die Schweinepest ausgebrochen. Trotzdem die Tiere zusammengetrieben und geimpft wurden, erlagen bisher 210 Stück der Krankheit. Der Schaden ist

aufserordentlich groß. Ebenso wurden viele Hirsche verendet aufgefunden.

Letzte Telegramme.

WTB Rom, 19. Jan. Das italienische Komitee hat, wie verlautet, die Absicht, eine große Aktion für die hungarndeutschen Kinder zu unternehmen. Die Hilfsbereitschaft ist umso anerkannter, wenn man bedenkt, daß die italienischen Arden Kreuze einen namhaften Betrag für die deutsche Kinderhilfe übergeben wurde.

WTB Berlin, 19. Jan. Nach einer Meldung der deutschen Botschaft aus Tokio sind bei dem neuen Erdbeben in Japan ungefähr 50 Erdstöße erfolgt. Bis jetzt sind nur einige Todesopfer bekannt geworden. Unter den Deutschen in Japan ist kein einziges Opfer zu beklagen. Der durch das neue Erdbeben angerichtete Schaden ist verhältnismäßig gering.

WTB Rom, 19. Jan. Der Kaiser hat den Professor an der Universität Münster, Reichstagsabgeordneter Dr. Schreiber, in Privataudienz empfangen.

WTB München, 19. Jan. Die wiederholt geforderte Zusammenstellung der Verordnungen und Verfügungen des Generalstaatskommissars ist nunmehr dem Parlament zugegangen. Dem Verfassungsausschuß des bayerischen Landtages stellte Staatskommissar Schmeier unter lebhafter Bewegung der Lippen mit, daß sie von verschiedenen Verfügungen und Maßnahmen des Generalstaatskommissars bisher keine Kenntnis gehabt habe, weil sie nicht vorgelegt worden seien. Auf verschiedene Anfragen sagte Schmeier weiter, die Regierung habe ein Interesse daran, daß im Hitler- und Luthersdorf-Prozess vollkommene Klarheit geschaffen werde. Wie haben nichts zu verheimlichen.

WTB Berlin, 19. Jan. Im Reichsjustizministerium land gestern laut Boff. Zeitung eine Bepredung der Ausführungsbestimmungen für die Goldbilanzierungsverordnung. An der Bepredung nahmen außer den Vertretern der Reichsregierung noch 5 Vertreter der 5 wirtschaftlichen Spitzenverbände, der Handelskammern und die bisherigen Sachverständigen teil. Es wurden im Reichsjustizministerium Anregungen und Wünsche der beteiligten Kreise erörtert. Der Reichsjustizminister sagte zu, daß nach der Feststellung der Ausführungsbestimmungen die gleichen Vertreter noch einmal zur Begutachtung zusammengekommen werden sollten.

WTB Berlin, 19. Jan. Nach dem Tageblatt bezieht die Absicht, die alten Ein- und Zweipennigstücke aus Kupfer als Rentenpennig zu erklären, das heißt, daß das Reich dem Kupfergeld eine 100prozentige Mithetung angedeihen läßt.

WTB Berlin, 19. Jan. Nach einer Meldung des Tageblattes aus Hildesheim ereignete sich im Anfehlungsamt im Scherfelerlager eine schwere Explosion. Mehr als 5 Jemmer Dynamit explodierten. Das ganze Lager lag in die Luft. Vier Arbeiter wurden getötet.

WTB London, 19. Jan. Bei der gestrigen Unterredung der physischen Pressevertreter in Eger mit dem englischen Generalconsul Clives waren die Städte London, Frankfurt, Gießen, Kassel, Neustadt, Zweibrücken, Wiesbaden und die 6 Wahlgemeinden des Amtsbereiches, sowie Ludwigshafen vertreten. Der Vertreter von Hildesheim sprach zugleich im Namen von 800 pfälzischer Landgemeinden als Vorsteher ihrer Organisation. Auf die Frage Clives erklärte er sich bereit, gegen freies Geleit und freie Zulassung von Bezirksoverfassungen in 2 oder 3 Tagen das schriftliche Einverständnis dieser Gemeinden zu seinen Ausführungen zu beschaffen. Der Vertreter der Stadt Ludwigshafen verlangte für einen Tag Presse- und Redefreiheit, an dem in bürgerlichen Versammlungen zu der Frage der Autonomie Stellung genommen werden soll. Wenn die autonome Regierung dann auch nur

Dankagung.

Für die beim Tode unseres lieben Sohnes und Bruders erwiesene Teilnahme und die zahlreichen Spenden sagen wir allen unsern herzlichsten Dank.

Lüttringhausen, den 19. Jan. 1924.

Familie Joseph Zeppenfeld.

Zwangsvorsteigerung.

Am Montag, dem 21. Januar, nachmittags 3 Uhr, werde ich in Olpe, im Restaurant zum Schwanen (Kemper), 2 goldene Herren-Uhren und eine Schreibmaschine öffentlich meistbietend gegen bar versteigern. Besichtigung 1/2 Stunde vorher. Olpe, den 18. Januar 1924. (11781) **Rottmann Gerichtssozialbeizer.**

An Sonn- und Feiertagen

Ist die Apotheke von mittags 1 Uhr ab geschlossen.

Für dringende Fälle bleibt die Dienstbereitschaft bestehen.

Tüchtiges ehrliches Mädchen,

nicht unter 20 Jahren, auf sofort gesucht. Lohn 20-25 Goldmark bei sehr guter Verpflegung.

Konditorei Römer
Geistwib-Weiß.
(11768)

Dienstmädchen

aus guter katholischer Familie, erfahren in Haus- und Gartenarbeit, für ein ländliches Pfarrhaus in der Nähe von Olpe gesucht. Zeitgemäß. Offerten unter Nr. 11766 an die Geschäftsstelle ds. Bls.

Ein tüchtiges Mädchen

nicht unter 18 Jahren für alle Hausarbeit sucht zum 1. Februar gegen hohen Lohn.

Frau Feg. Timpler
Hotel Kaiserhof Olpe. (11779)

Haushälterin

Eine in Haushalt und Küche durchaus erfahrene, sofort nach Bonn gesucht. Zu erfragen in der Gasse ds. Bls. (11783)

Gesangsverein „Cäcilia“

Nicht 2 Uhr sondern 1 Uhr am Sonntag Gesangsprobe bei Zilkmann

Religionsverein Olpe.
Sonntag, 20. d. Mts. abends 8 Uhr Monatsversammlung im Vereinslokal (Hotel zum Schwanen). Anschließend musikalische Unterhaltung.

(11765) Der Vorstand.

Frische Eier und Landbutter

Verkauft zu den höchsten Tagespreisen

Heinrich Gipperich
(11786) Olpe.

Bäckerei

Suche ausgehende zu pachten, evtl. zu kaufen.

Offerten unter 11772 an die Geschäftsstelle ds. Bls. erbeten.

Herren- Wäsche
Damen- Wäsche
fortigen an in bester Ausführung

Geschw. Kaiser
Wäsche-Fabrik
OLPE i. W.
Schützenstrasse 15
Telefon 185.

Hotel Kaiserhof.

Jeden Sonntag von 11-1 Uhr und nachmittags ab 4 Uhr (11778)

Konzert.
Grüngefreites volles Orchester

Ausflugtag und Reisedecke

auf dem Wege von Martinstraße 31 bis zur Post verloren. Gegen hohe Belohnung abzugeben

Olpe, Martinstr. 8

Brasilien.

Das Konsulat von Brasilien in Bonn, Drachenfelsstraße 5, teilt Interessenten auskunft über Verhältnisse in Brasilien.

(11771)

Gottesdienst-Ordnung.

Sonntag, 20. Januar. Kommunion-Sonntag der Jungfrauen. Pfarrkirche in Olpe.

5 1/2 Uhr hl. Messe.
7 Uhr Frühmesse.
9 1/2 Uhr hl. Messe mit Predigt.
10 Hochamt m. Predigt. (Schützenamt).
11 1/2 Uhr Kreuzbruderschaft.
2 Uhr Todesangstbruderschaft.

Waisenhauskapelle.
7 1/2 Uhr hl. Messe mit Predigt.
Kapelle in Lüttringhausen.
9 Uhr Hochamt mit Predigt.
Evangelische Kirche.
9 1/2 Uhr Hauptgottesdienst.
10 1/2 Uhr Kinder-gottesdienst.
Koll. Westf. Herbergsverband.

120 E. Hrlinge

sind Oftern 1924 in Handwerkslehre unterzubringen. Meldungen mit Nachweis der Befähigung zur Ausbildung von Lehrlingen zu richten an das

Städtische Waisenhaus in Köln.
Süßgärtel 47, Post Klettenberg. (11751)

Ausweiskarten

zum Bezug des Sauerländischen Volksblattes für die Zeit vom 21. bis 31. Januar sind zum Preise von 0,90 Goldmark gleich 900 Milliarden Papiermark von heute ab in unserer Geschäftsstelle zu haben

Der Verlag des
(58)



WIS Berlin, 19. Jan. Vom Reichsarbeitsministerium wird uns mitgeteilt, daß die am 17. d. M. in einigen Zeitungen mitgeteilte Zahl von 1 528 000 unterstützten Erwerbslosen und 862 000 Kurzarbeitern nur die Arbeitslosen des unbeflegten Gebiets angeht. Genaue Zahlen für das belegte Gebiet sind wegen der immer noch geförderten Verwaltungstätigkeit der deutschen Behörden nicht zu erlangen. Es sind dort aber schätzungsweise ebenfalls einhalb Millionen Arbeitslose und 850 000 Kurzarbeiter. Daher betrage die Zahl der Erwerbslosen im ganzen Reich etwa drei Millionen. Allem Anschein nach ist auch im belegten Gebiet eine Besserung eingetreten. Die weitere Entwicklung im belegten Gebiet ist aber nach wie vor bei der Berg- und Hüttenindustrie des Ruhrgebietes vor allem wegen der Verkehrs- und Zollschwierigkeiten außerordentlich unsicher.

WIS Berlin, 19. Jan. Der Reichsanzeiger veröffentlicht eine Bekanntmachung über die Ein- und Ausfuhr von Waren für die in der Zeit vom 19.—20. 2. 24 in Königsberg in Preußen stattfindenden Messe, sowie eine Bekanntmachung des Reichsministers für den Wiederaufbau für die Enteignung und Lieferung der Aktien der Societe de la Regie d'Interesse de Tabacs de l'Empire Ottomane (Tabakregie des türkischen Reichs H. O. Konstantinopel).

Dortmunder Börsebericht.

Dortmund, 19. Jan. (Telegr.)

Die heutige Börse war in ihrer Grundstimmung ruhiger. Bevorzugt waren **Kassakaffen** bei lebhaften Umsätzen.

Kassakaffen waren gegen Schluß der Börse im Einklang mit der Berliner Tendenz weiter anziehend. **Kassakaffen** (Bill. Markt) Karoline 2—3000, Garolus Magnus 4,48, Konstantin der Große 20—24, Dargard 4500—4750, Groß-Schwerin 6500—8000.

Kassakaffen. Adlertafel 21—22, Webto 11—11,5, Dabusch 42—46, Beckerhaff 11—11,5, Kabel Rheinhof 19,5—11,5.

Kassakaffen. Alexandershall 37,5—47,5, Allicienhall 37,5—450, Burbach 15—17, Einigkeit 2000—2700, Friedrichsroda 1150—1350, Wintershall 1700 bis 2000, Sachfen Weimar 3000—3500, Salzminde 3—4000.

Kassakaffen. Adlertafel 24—27, Deutsche Kali 53—58, Friedrichsroda 44—48, Halleische 22—25, Hannoverische 25—28, Kallindultrie 43—47, Salzverhütt 35 bis 39, Umendorf 2—3.

Annotierte Werte. Dortmunder Hasbrauerei 18—20, Ritterbrauerei, Schloßfabrik 0,50—0,70, Vulkan 9—10, Kabel 0,175—0,250, Zement 0,725 bis 0,850.

Berliner Werte. (Bill.-Proz.) Unionbrauerei 22 (Gold), Aktienbrauerei 20 (Gold), Hofsch 52—54, Harpener 51—54, Vereinigte Glanzstoffe 63—67.

Mächte Börse am Dienstag, dem 22. d. M., nachmittags innerhalb 1 Uhr.

eine Stimme mehr erhalten würde, als deren Gegner, so sei er bereit, sie anzuerkennen.

WIS Paris, 19. Jan. Gestern hat der erste Sachverständigenausschuß eine Sitzung abgehalten. Report Herald glaubt zu wissen, daß die Delegierten jeder für sich beschäftigt seien, den Fragebogen auszufüllen, der Dr. Schacht vorgelegt werden soll. Man nimmt an, daß der Reichsbankpräsident am Montag zum ersten Mal gehört werden soll.

WIS Paris, 19. Jan. Auf Anweisung des Innenministers wurden gestern von neuem 8 Russen

Die Zunahme des Notenumlaufs.

Die Zunahme des Notenumlaufs, die in den Ausweisen der Reichsbank nachgewiesen wird, darf nicht beunruhigend stimmen. Die Börse hat auf diese Zunahme auch gänzlich gerechnet. Eine Inflation kann von dieser Zunahme des Notenumlaufs nicht befürchtet werden, denn eine Inflation entsteht nur dann, wenn der Reichsbank nicht ausreichen kann, um wenn ein Staat dazu übergehen muß, durch Notendruck seine Bedürfnisse zu befriedigen. Der Zuwachs des Notenumlaufs ist vielmehr einmal dadurch zu erklären, daß die Reichsbank gegen Papiermark Rentenmark umtauscht und zum anderen dadurch, daß in der letzten Zeit mehrfach gegen Papiermark Devisen von der Reichsbank aufgekauft werden konnten. Es boten sich angeht der jüngsten Devisenverhältnisse vielfach Möglichkeit, den Devisenfonds der Reichsbank mittels Verwendung von Papiermark zu vergrößern, während eine Zeitlang eine solche Auffüllung nur durch Anspruchnahme von realen Gold möglich war. Daher ist die jetzige Rentenvermehrung wesentlich anders zu beurteilen, als die bisherige, die lediglich dazu diente, die Zahlungsmittel für die Bedürfnisse des Reiches zu schaffen. Die Reichsbank legt Gewicht auf die Erklärung, daß nach der Ausstattung des Reiches mit wertbeständigen Zahlungsmitteln der Notenumlauf nur noch etwa den fünften oder sechsten Teil des gesamten Geldumsatzes in Deutschland ausmacht. Hier liegt in der Tat der Kern der Frage, und diese Tatsache ist von äußerster Wichtigkeit. Sie erklärt sich daraus, daß mit einer Stabilität der Währung die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes abnimmt, wodurch andererseits der Zahlungsmittelbedarf der Industrie und der gesamten Wirtschaft erheblich wächst.

Es dürfte auch von Interesse sein, zu hören, daß die Reichsbank in der letzten Zeit mit Papiergeld die teilweise nach Millionen zählende Menge an französischen Franken an der Börse aufgenommen hat, um diese Franken dann in amerikanische Dollar umzutauschen. Auf diese Weise hat die Reichsbank ihren Devisenfonds erheblich vergrößern können.

(1) Weitere Besserung der Reichsfinanzen.

Wie uns von unterrichteter Seite mitgeteilt wird, haben sich die Reichsfinanzen in der ersten Hälfte des Monats Januar zufriedenstellend entwickelt. Die schwebenden Belohnungen, die der Reichsfinanzminister hatte, ob es ihm gelingen würde, im Monat Januar wenigstens 1000 Mittel zu schaffen, um die Verwaltungskosten des Reiches, insbesondere die Beamtengehälter bezahlen zu können, dürfte doch im großen und ganzen hinlänglich geworden sein. Die bisher fälligen Steuern sind ziemlich gut eingegangen, von den weiteren Steuern erwartet man eine Stärkung der Betriebsmittel des Reiches. Die Reichskasse leidet gegenwärtig an einem Mangel an Zahlungsmitteln. Die Reichsregierung besteht un-

und 1 Oesterreicher wegen Frankenspekulation ausgewiesen.

WIS Paris, 19. Jan. Den Blättern zufolge wird Poincare in der heutigen Sitzung der Kammer, die wahrscheinlich den Abschluß der Interpellationsdebatte bringen wird, eine große Rede halten, in der er u. a. die Interpellation Renaud um die Rede Herriots beantwortet wird. Es sei ausgeschlossen, bemerkt der Deputierte, daß die Erklärungen des Ministerpräsidenten von dem abzuweichen werden, was man bis jetzt zu hören gewohnt sei. Er werde sich

dingt auf der reiflichen Einziehung der Steuern, wobei sie, wie sich das aus verschiedenen Maßnahmen der letzten Zeit ergibt, sehr wohl geneigt ist, Unbilligkeiten und Härten nach Möglichkeit zu mildern. Es hat die Reichsfinanzverwaltung bezüglich der Erhebung der Vorauszahlung für landwirtschaftliche Betriebe wesentliche Rücksichtnahmen walten lassen, die geboten sind durch den Umstand, daß diese Veranlagung zu den völlig veralteten Grundbesitz des Beitrags geschickt.

Alle Maßnahmen der Reichsfinanzverwaltung sind einzig und allein unter dem Gesichtspunkt zu betrachten, daß unter allen Umständen jede neue Inflation vermieden werden muß.

Nach dem neuesten Ausweis der Reichshauptkasse hat die Reichskasse gegenwärtig einen täglichen Ueberfluß von einhalb Trillionen Papiermark oder einhalb Millionen Goldmark gegenüber einem täglichen Zahlungsbefehl von 10,5 Trillionen Papiermark oder 106 Millionen Goldmark in den letzten Tagen des Jahres. Freilich waren die ersten Tage des Jahres besonders begünstigt durch die eingehenden Steuerabgaben einerseits und den Ausfall der Beamtenzahlungen andererseits. Der jetzige Ueberfluß stellt etwa den 3. Teil der in diesen Tagen fällig werdenden Zahlungsbefehle und Steuerüberweisungen an die Länder dar.

Bildungswege und Abbau.

Der Unterausschuß des ständigen Ausschusses des preussischen Landtages begann am Montag die Beratung über die **Ersparnisse auf dem Gebiete des Bildungswesens**. Minister Dr. Voellig machte zunächst beachtenswerte Ausführungen. Er teilte mit, daß die Unterrichtsverwaltung von der Notwendigkeit durchdrungen sei, auf ihrem Gebiete zu sparen. Ebenso werde sie auf keinen Fall Bestimmungen zu lassen, die den Bildungsstand herabdrücken. Am wichtigsten will der Kultusminister Ersparnisse erreichen, durch vier Maßnahmen.

1. Mäßige Erhöhung der Pflichtschuldenzahl der Lehrer.

2. Erhöhung der Schülerzahl in den einzelnen Klassen.

3. Planwirtschaft.

4. Organisationsveränderungen.

Daß diese Maßnahmen nicht bis zum 1. April d. J. durchgeführt werden können, ist selbstverständlich.

In der Aussprache waren die Redner aller Fraktionen darüber einig, daß die Schulverwaltung bezüglich der Ersparnisse anders gehandelt werden müsse, als die übrigen Verwaltungen. Abg. Wilbermann (Str.) betonte, daß die Erregung der Bevölkerung nicht künstlich hervorgerufen sei, sondern hervorgegangen sei, aus der Ueberzeugung, daß eine Verminderung der Lehrer um 25 Prozent nicht möglich sei, ohne daß die Schule darunter leide. Ge-

vielleicht gewisse Teile der Ausführungen Herriots zu eigen machen.

WIS London, 19. Jan. Daily Telegraph zufolge wurde dem neuen diplomatischen Agenten der Türkei, Jusuf Kemal Ben gestern bei einem Besuch im Foreign Office mitgeteilt, daß die britische Regierung zugestimmt habe, die **englisch-türkischen Verhandlungen über Mosul in Konstantinopel** stattfinden zu lassen. Sir Percy Zachariah Cox werde der Vertreter Großbritanniens sein.

WIS Berlin, 19. Jan. Der preussische Staats-

rat könne man die Pflichtschuldenzahl der Lehrer vermehren; die Lehrer würden die Stunden auch geben, aber sie würden sie unmöglich so geben können, wie es zur Förderung der Schüler nötig sei. Alle Lehrer seien bereit, ihre Arbeitsleistungen der Not des Vaterlandes entsprechend bis zum äußersten zu vermehren; nur sollten sie nicht, daß die Schule darunter leide. Er habe darum mit seinen Parteifreunden einen Antrag gestellt, in dem jede Zahlungsanfrage über die zu entlassenden Lehrer vermieden und die Rücksicht auf die Erziehung und Bildung der Jugend veranlagt werde. Der Antrag werde wesentlich zur Verhütung der Bevölkerung beitragen.

Gegenüber einer Äußerung des Abg. Böhm (S. D.), daß durch Aufhebung der Befähigungsschule (S. D.) planmäßig nach, daß auf diese Weise keine oder doch nur eine ganz geringe Erparnis erzielt werde.

Der Antrag des Zentrums fand leider keine Mehrheit. Dagegen wurde ein Antrag der Deutschen Volkspartei angenommen, wonach die Beamtenvermehrung unter fester Wahrung des Bildungs- und Kulturstandes in erster Linie durch organisatorische Maßnahmen herbeigeführt werden soll.

Zu § 60 wurde ein Zentrumsantrag angenommen, wonach auf die Erhaltung ausreichender Bildungsstätten für die einzelnen Landesteile, Befähigung und Geschlechter Bedacht zu nehmen ist.

Berliner Fruchtmarkt.

Amlich wurden folgende Preise festgesetzt: Getreide und Mehlwaren für die 1000 Kg., sonst für die 100 Kg. ab Station. Die Preise verstehen sich in Goldmark oder in Rentenmark: Weizen, märk., M. 162—164, Roggen, märk., M. 140—149, pommerscher M. 143—145, westpreussischer M. 143—144, mecklenburgischer M. 143—145, Gerste, märk., Sommer, M. 168—175, Hafer, märk., M. 117—120, pommerscher M. 105—112, westpreussischer M. 105—108, Weizenmehl M. 25,50—28, Roggenmehl M. 23,50—26, Weizenkleie M. 8,20, Roggenkleie M. 7,40, Raps M. 280, Vitoriaerbsen M. 39—41, kleine Speiserbsen M. 21—24, Futtererbsen M. 16—17, Bohnen M. 14—15, Aderböhen M. 13—15, Wicken M. 17—19, Lupinen, blaue, M. 15—18, gelbe M. 17—19, Serradella M. 16—18, Kapselchen M. 11—12,5, Torsmeisse M. 7,75—8, Trodenkühnel M. 8,50—8,60, Zuckerschmelz, helle vollwertige, M. 18—20, Kartoffelflocken M. 18.

Für **Rauchfett** wurden folgende Preise (in Goldmark) festgesetzt: drabigepreßtes Roggen- und Weizenfett M. 0,60—0,75, desgl. Safrantfett M. 0,50—0,65, desgl. Gerstenfett M. 0,50—0,60, bindfahngerechtes Roggen- und Weizenfett M. 0,40—0,50, gebündeltes Roggenfett M. 0,40—0,50, Hädel M. 1,10—1,30, handelsüblich, neu M. 0,90—1,10, gutes neu M. 1,20—1,40. (Alles die 50 Kg. ab Station.)

rat tritt am Dienstag, dem 22. Januar zu einem neuen Tagungsabschnitt zusammen. Zur Verhandlung stehen neben verschiedenen kleineren Vorlagen die **Notverordnung betr. die Abänderung des Gesetzes über die Grundvermögenssteuer** und die hierzu gestellten Anträge.

WIS Düsseldorf, 19. Jan. Heute mittag verfuhr eine größere Anzahl von Personen einen an der Stadthalle Dortmunder haltenden Kohlenzug zu planen. Die Polizei nahm mehrere Personen fest.

Der

Inventur-Verkauf

zu bedeutend herabgesetzten Preisen dauert bis
Mittwoch, 23. Januar einschließlich.

J. Lenneberg :-: Olpe

Saison-Ausverkauf



Schlussstage:

Montag, den 21. Januar
Dienstag, den 22. Januar
Mittwoch, den 23. Januar

Nutzen Sie die Gelegenheit aus. :: Wir bieten Ihnen überraschende Vorteile.

A. Holterhoff Söhne :: Olpe

Bekanntmachung.

Gemäß Paragraph 16 ff. der Gewerbeordnung, Paragraphen 46 ff. und 86 ff. des Wassergesetzes vom 7. April 1923 wird hiermit bekannt gemacht, daß die Firma Peter Heuvel in Olpe

1. für das Wasserrechtswert in Konnewinkel die Verleihung des Rechts und Erteilung der gewerbepolizeilichen Genehmigung zum Einbau einer Turbinen anstelle des alten Wasserrades und
2. die Sicherstellung des Rechts, die Brachte im bisherigen Umfang zu flauen und das Wasser nach nochmaligem Zustau in einem Stauteiche zum Betrieb ihres Sägewerkes zu verwenden, beantragt hat.

Der Antrag mit Zeichnungen und Beschreibung liegt auf dem Amte zu Olpe während der Dienststunden in der unten bezeichneten Frist zur Einsicht aus.

Einwendungen gegen die gewerbepolizeiliche Genehmigung, sowie Widersprüche gegen die Verleihung und Sicherstellung und Ansprüche auf Herstellung und Unterhaltung von Einrichtungen oder auf Entschädigung sind bei dem unterzeichneten Bezirksausschuß schriftlich in zwei Ausfertigungen oder als Protokoll in der Zeit vom 14. bis 27. Februar 1924 einschließlich anzubringen.

Aus dem Widerspruch muß hervorgehen, gegen welchen Teil des Antrages er sich richtet.

Innerhalb derselben Frist sind andere Anträge auf Verleihung des Rechtes zur Benutzung des

Wasserlaufs, durch welche die von der Antragstellerin beabsichtigte Benutzung beeinträchtigt werden würde, bei dem Bezirksausschuß mit den erforderlichen Unterlagen einzulegen.

Werden innerhalb der gesetzlichen Frist Einwendungen oder Widersprüche nicht erhoben oder Anträge auf Verleihung oder Sicherstellung von Rechten nicht gestellt, so geht das Wasserrecht und Antragsrecht verloren; die nach Ablauf der Frist erhobenen Einwendungen und Anträge auf Verleihung können in diesem Verfahren nicht mehr berücksichtigt werden.

Wegen nachteiliger Wirkungen bei der Ausübung des verliehenen Rechtes können in diesem Falle nur noch die im § 82 und § 203 des Wassergesetzes bezeichneten Ansprüche geltend gemacht werden.

Ueber die rechtzeitig erhobenen Einwendungen, Widersprüche, Ansprüche auf Herstellung und Unterhaltung von Einrichtungen und Entschädigungsansprüche wird am Dienstag, dem 4. März 1924, nachmittags 4.30 Uhr, an Ort und Stelle verhandelt werden, wozu alle Beteiligten hiermit geladen werden.

Diese Verhandlung wird auch im Falle des Ausbleibens eines Beteiligten stattfinden.

Hersberg, den 11. Januar 1924.

Der Bezirksausschuß. Abt. 1
Verleihungsbehörde.

Ergänzungswahl zur Handelskammer.

Zur Vornahme der Ergänzungswahl für das ausgeschiedene Mitglied Herrn Hubert Kemper, Olpe i. Westf., lade ich die Wahlberechtigten der Gruppe A (Großhandel, Industrie und sonstige Gewerbe) im Wahlbezirk V (Städte Kissenborn und Olpe, Kemter Kissenborn, Drolshagen, Olpe und Wenden) auf

Samstag, den 26. Januar 1924, 4 Uhr, im Hotel Wilmann zu Olpe.

Die Wahlhandlung dauert bis 6 Uhr.

Olpe i. Westf., den 19. Januar 1924.

Der Wahlkommissar:
Joseph Basse.

Ergänzungswahl zur Handelskammer.

Zur Vornahme der Ergänzungswahl für das ausgeschiedene Mitglied Herrn Josef Wille, Bilsen lade ich die Wahlberechtigten der Gruppe A (Großhandel, Industrie und sonstige Gewerbe) im Wahlbezirk IV (Kemter Bilsen und Strahunden) auf

Dienstag, den 29. Januar 1924, 2 Uhr nachm. im Hotel zur Post zu Strahunden

Die Wahlhandlung dauert bis 3 Uhr.

Reggen a. d. Renne, den 18. Januar 1924

Der Wahlkommissar:
Boehr.



Wasserdicht

dauerhaft, weich und glänzend wird Ihr Schuh mit

Edelweißpulver
Nigriu

Mäuse

und Ratten können Sie mit meinem Mittel restlos vertilgen. Eine Vor-
sicht, für Ratten und Mäuse, kostet 2. Rent.
M. Postl. (1923)

S. Reinelt,
Kammerjäger,
Riederhofen (Geg.)

Billiges Angebot.

Kindleder Arbeitsschuhe mit Beschlag 40/46	13 M.
" hoch für Gamaschen, mit geschlossener Lasche 40/46	15
Kindspalt Barfusschuhe mit Beschlag 36/39	9.50
Kindleder Anstrichschuhe mit Beschlag 31/35	8.90
Kindleder Sportstiefel mit hohem Schaft, geschlossener Lasche	15
Gummischuhe.	

Olpe. Franz J. Menzebach.

Bekanntmachung.

In Ergänzung der in Nr. 11 des amtlichen Kreisblattes erlassenen Bekanntmachung vom 10. ds. Mts. betr. Festsetzung der Ortsabgabe, des Jahresarbeitsverdienstes land- und forstwirtschaftlicher Arbeiter und der Sachbezüge wird darauf hingewiesen, daß die Berechnung des Wertes der Sachbezüge ausschließlich durch Verbleistellung der bisher angewandten Grundzahlen

für männl. Pers. einschl. d. Beihilfen 9.90 M. u. f. weibl. u. aller Beihilfen 0.80 M. mit der am Donnerstag vorher veröffentlichten Reichsrichtzahl für Lebenshaltungskosten ohne Abrechnung zu erfolgen hat.

Olpe, den 16. Januar 1924.

Der Versicherungsamt.
B. A. Nr. 84. (H170)

Bürgerliche Beugs- und Abhängenoffenschaft Rothemühle General-Versammlung

am 27. Januar, nachmittags 4 Uhr im Gasthof St. Ag. (H176)

Tagesordnung: 1. Geschäfts- und Bilanzbericht. 2. Neuwahlen. 3. Aufnahme der Geschäftsanteile und Haftsummen auf Goldmark. 4. Danksagung. 5. Verschiedenes.

Generalversammlung wird hiermit zum zweitenmal dringend eingeladen und ist unbedingt beschlußfähig ohne Rücksicht auf die Anzahl der Erschienenen.

Rothemühle, den 16. Januar 1924.
Der Vorstand.

Ein Inserat im **SB** hat stets Erfolg

Empfehle:

Reines Schweineschmalz	90 Pf.
per Pfd.	
Bistkin bestes Speisefett	65
Prima Tafelmargarine	58
Weizenmehl	18
Duchweizenmehl	16
Pasterflocken, lose	20
im Paket	25
Gemüse-Mudeln	35
Suppen-	35
Kernseife, Doppelstück	22
Seifenpulver, Paket	18
Malzaffee	80
Cichorien, acht Frank, Paket	20

Ferner alle andern Lebensmittel, sowie Tabak, Cigaretten und Cigaretten

zu den billigsten Preisen

Heinr. Gipperich

Olpe. Tel. 148

Deutschlands Tributheer.

Von Dr. Walter Troll.

Die mit Spannung erwarteten französischen und belgischen Antwortnoten sollen vorläufig geheim bleiben, damit das Vertrauen der beteiligten Völker auf eine baldige erprießliche Regelung der schwebenden Finanz- und Wirtschaftssachen nicht untergraben werde. Die Antwort der Okkupationsmächte auf unsere am 24. Dezember überreichten Anregungen scheint also weder zustimmend noch sogar in freundschaftlicher Zone gehalten zu sein. Man munkelt, Poincaré erstrebe eine Lösung auf der Grundlage der Reichsgründungs Vorlesage. Der scheinbar Großindustrielle Arnold Reebberg wollte im Dezember in Paris und hat einer Reihe französischer Parlamentarier und Amtspersonen seine Idee von einer Kapitalbeteiligung Frankreichs an den deutschen Wirtschaftsvorgängen. Diese Beteiligung soll seitens Deutschlands natürlich unentgeltlich, d. h. nur gegen Güterlieferung auf Reparationskonto, gemacht werden. Die jetzt auch Frankreich heimlichende Währungsnot hat anscheinend die Wirkung gehabt, daß Poincaré nicht mehr mit der früheren Hartnäckigkeit einer geschäftlichen Lösung der schwebenden Fragen widersteht. Die Reichsgründungs Pläne sind von der Reichsregierung und fast vom gesamten deutschen Volk in vieler Hinsicht bedenklich abgelehnt worden. Wir würden uns, wenn wir nicht vorher alles versucht hätten, um mit allen unseren Gläubigerstaaten zu einer Verständigung zu gelangen, dem nicht unberechtigten Vorwurf aussetzen, gegen diejenigen Mächte intrigiert zu haben, die gerade in letzter Zeit wiederholt Zeichen der Mäßigkeit und eines gewissen geschäftlichen Interesses abgelegt haben. Wir sind nicht allein Frankreich und Belgien, sondern allen Mitunterzeichnern des Versailles Vertrages, und im besonderen allen Reparationsmächten tributpflichtig.

Wenn es jetzt den Anschein hat, als ließen wir uns allzu weit mit Frankreich und Belgien ein, so ist der ausschlaggebende Grund hierfür, daß die übrigen Weltvölker, — insbesondere England und Amerika, — bisher noch nicht die Möglichkeit gefunden haben, uns vor einseitigen Zumutungen unserer westlichen Nachbarn zu schützen. Hierfür gibt es natürlich auch Erklärungen, die durchaus Gewicht beizulegen. In England hat keine politische Partei die Mehrheit, und darum wird die britische Regierung für's erste nicht recht aktionsfähig sein. Für Amerika hat das Jahr der Präsidentenwahl begonnen; genau wie vor acht Jahren, so wird auch diesmal die Zeit vor der Neuwahl des amerikanischen Präsidenten ein Jahr des Lavierens und ein Jahr halber Entschlüsse sein. Wenn wir endlich einmal rücksichtslos ehrlich gegen uns sind, müssen wir gestehen, daß während der nächsten Monate ein Aufstreben der beiden großen angelsächsischen Mächte zugunsten einer schnellen und gründlichen Befriedigung Mittel-Europas unwahrscheinlich ist. Das Jaudern der anderen Weltmächte (außer Frankreich und Belgien) hat uns in eine Lage gebracht, in der wir gezwungen sind, mit unseren westlichen Nachbarn über eine bevorzugte Behandlung bei der Tributleistung zu konferieren. An der Reichslage wird dadurch allerdings nichts geändert: Wir schulden nach dem Versailles Vertrag und nach dem später abgeschlossenen Zusatzabkommen der Gesamtheit der Alliierten und nicht etwa Frankreich und Belgien allein Geld und Waren. Frankreich und Belgien können uns zwar größeren politischen und wirtschaftlichen Schaden zufügen als andere untergeordnete Gläubigerstaaten, weil jedoch nicht die gleiche Hilfe durch Lebensmittellieferungen, Rohstofflieferungen und Kreditgewährungen angedeihen lassen wie insbesondere England und Amerika. Die nächsten Wochen werden nicht nur unsere Finanz-, Währungs- und Wirtschaftspolitik, sondern auch für unser Verhältnis zu den anderen Völkern von entscheidender Bedeutung sein.

Wie sollen die Steuern sein?

Jedermann bei uns weiß, daß wir aus unserem Volke an Steuern herauspressen müssen, was irgend möglich ist; nur dann ist es möglich, daß wir eine Finanzkatastrophe herumkommen. Dem zukünftigen Finanzwissenschaftler dreht sich das Herz im Leibe um, wenn er die Verordnungen der Reichsregierung liest und die Grundzüge hört, nach denen weitere tiefe Eingriffe in Einkommen und Vermögen erfolgen sollen. Elementare Forderungen der Gerechtigkeit werden mit Füßen getreten und auf alle die feinen Unterscheidungen, die früher getroffen wurden, wird rücksichtslos Verzicht geleistet. Nicht nur die Theorie, sondern auch die Praxis hat viel an den neuen Steuergeetzen und Verordnungen auszusetzen. An zahlreichen Beispielen läßt sich nachweisen, daß diese grobe, summarische Art der neuzeitlichen Steuererhebung furchtbare Schäden mit sich bringt. In der öffentlichen Meinung beginnt sich der Verdacht festzusetzen, daß unsere heutigen Finanz- und Wirtschaftspolitik von ihrem Handwerker sehr wenig verstehen, daß sie aus Unkenntnis und Reformfanatismus sinnlos, und daß gründlicher Gebilde die Sache „besser machen“ würden.

Ohne daß auf die Kritik der bereits erlassenen und der bevorstehenden Steuerordnungen Verzicht geleistet wird, muß demgegenüber mit Nachdruck gesagt werden, daß bei der Steuererhebung es heute in erster Linie auf eins ankommt: Daß die Steuer einen möglichst hohen Reinertrag liefere. Jedes Zugeständnis an Sonderfälle und auch an die „steuerliche Gerechtigkeit“ wird mit einer gewaltigen Verteuerung des Steuerapparates und der Erhebungsstellen erkaufte, drückt also das Reinergebnis herab. Früher, als wir noch aus dem Vollen schöpften, spielte es keine ausschlaggebende Rolle, ob die Erhebung einer Steuer ein paar Goldmillionen mehr oder weniger verschlang.

Heute, wo zur Erparung weniger Goldmillionen zum Beispiel das Gerichtswesen in bedenklicher Weise umgeformt und eingeeignet werden muß, ist selbst eine mäßige Erhöhung der Erhebungsstellen von Bedeutung. Gewiß erleiden dadurch einzelne Unschuldige Schaden, während andere, die sich nicht einmal durch Betätigung besonderer Gemeinnützigkeit auszeichnen, ungerechtfertigtermaßen glimpflich davonkommen. Es ist ja heute für uns ausgeschlossen, dem Ideal strengster Gerechtigkeit nachzugehen und alles andere darüber zu vergessen. Was haben die Inhaber von Kriegsanleihe, Reichs-, Staats- und Gemeinde-Obligationen, von Hypotheken, Pfandbriefen und Bausparforderungen aller Art verschuldet, daß sie heute bis auf ein Billionstel ihres Vermögens ausgeplündert werden? So schroff wie diese Ungerechtigkeit kann keine Ungerechtigkeit werden, die auf Grund grober, summarischer Steuererfolge dem einzelnen Staatsbürger zugefügt wird. Unter diesem Gesichtspunkt muß auch das Problem der Aufwertung von Hypotheken, Obligationen und Aktien betrachtet werden, deren Formulierung Reichsminister und Reichsrat beschäftigt. Die differenziertere der betr. Verordnung ausfällt, umso teurer und langwieriger wird die Abwicklung und umso geringer wird der Reinertrag sein. Zur sachlichen Beurteilung genügt es, sich ernsthaft die Frage vorzulegen, ob durch die geplante Erlassung der aufgewerteten Beträge die landwirtschaftliche und gewerbliche Produktion so behindert wird, daß dadurch eine Verminderung der Erträge zu befürchten ist. Muß diese Frage verneint werden, so sollte die Erlassung der Differenz zwischen Papier- und Goldforderung nach denkbar einfachen Grundätzen und Methoden erfolgen. Für die nächsten Monate bleibt die Parole unerröcklich bestehen, daß die öffentlichen Einnahmen — unter möglicher Niedrighaltung der Erhebungskosten — mit allen Mitteln gehoben werden müssen.

Können Katholiken „freien“ Gewerkschaften angehören?

Das kirchliche Amtsblatt für die Diözese Paderborn, 1924 Nr. 1, bringt den Beschluß der Fuldaer Bischofskonferenz vom vorigen Jahre über die Stellung der Kirche zu sozialistischen und anderen kirchenfeindlichen Vereinen.

Die wichtigste oberherrliche Rundgebung gliedert sich in vier Nummern.

1. Es ist den Katholiken nicht erlaubt, den freien Gewerkschaften als Mitglieder anzugehören, einerlei ob es sich um Gewerkschaften für Arbeiter oder solche für Angestellte oder Beamte handelt.

2. Wenn die Katholiken die Möglichkeit haben, sich in Verbänden zu organisieren, die ihren religiösen Interessen nicht entgegenstehen, so sind sie verpflichtet, aus den freien Gewerkschaften auszutreten.

3. Nicht dauernde, aber zeitweilige Verschiebung solcher Austritte (also der Streichung des Namens in den Mitgliederlisten) kann gebietet werden, wenn im Einzelfalle wirklich jene Umstände zusammenzutreffen, welche die römischen Bestimmungen vom 19. Januar 1896 verlangen. Fällt eine dieser Voraussetzungen fort, so ist sofortiger Austritt zu verlangen.

4. Wenn Katholiken trotz erfolgter Aufklärung und obwohl ihnen der Eintritt in eine andere erlaubte Organisation möglich ist, dennoch als Mitglieder in den freien Gewerkschaften verbleiben, so sind sie zum Sakramentenempfang nicht mehr zuzulassen.

Diese Grundzüge, so führt das kirchliche Verordnungsblatt fort, gelten gegenüber allen verbotenen Vereinigungen. Die Geistlichkeit ist berufen, über die Reinerhaltung der katholischen Grundzüge im Bewußtsein und Leben des ganzen Volkes zu wachen und muß den genannten Grundätzen entsprechend handeln, wenn sie nicht zum Ruin der eigenen Kirche beitragen will. Wir haben zum Klerus das Vertrauen, daß er durch tätige Förderung der katholischen Vereine und der christlichen Gewerkschaften die Sorge für die höheren Güter und für die berechtigten Standesinteressen der Arbeiter, Angestellten und Beamten vor aller Welt befunde.

Dieser Beschluß der kirchlichen Oberhirten hat in den Reihen der sogenannten „freien“ Verbände eine unverständliche und unnötige Aufregung hervorgerufen. Denn die Ursache dieses Beschlusses liegt nicht bei den Bischöfen, sondern einzig und allein bei den „freien“ Verbänden selbst. Ihre Verbindungen mit dem materialistischen Marxismus, ihre Feindschaft und ihr Kampf gegen Gottesglaube, Christentum und Sitte hat im ureigenen Interesse der Arbeitnehmerschaft, der Volksgemeinschaft und der Kirche einen solchen Beschluß notwendig gemacht, und er ist zu begründen.

Nach den unmissverständlichen Bestimmungen der zureichenden geistlichen Obrigkeit ist nunmehr die Zugehörigkeit zur Sozialdemokratie und den freien Gewerkschaften verboten. Die in Nr. 3 angeführten Ausnahmen treffen in Paderborn nicht zu, da hier die in Nr. 2 betonten Verbände bestehen, die den religiösen Interessen nicht entgegenstehen. Es darf also kein katholischer Arbeiter mehr der Sozialdemokratie und den „freien“ Gewerkschaften angehören. Man kann jetzt nicht mehr sagen, in wirtschaftlichen Angelegenheiten habe die Kirche nicht einzutreten. Die Kirche stellt vielmehr in Abrede, daß es sich hier um rein wirtschaftliche Dinge handle. Als die besorgte Mutter ihrer Söhne und Töchter hat sie das heilige Recht und die unumstößliche Pflicht, Wahrungssachen aufzustellen und Säure aufzuräumen, wo Abgründe Gefahr drohen. Sie tut es nach dem Vorbilde und Beispiele ihres göttlichen Stiefvaters auch dort, wo sie angegriffen und zurückgewiesen wird. Ihr Wort ist die Stimme des guten Hirten, der von seinen Schäfchen sagt, sie hören auf seine Stimme. Möge jeder katholische Mann sich fragen, ob er nicht seiner Familie dadurch das Beispiel eines überzeugten und gläubigen Mannes

Katholiken geben will, daß er aus der Sozialdemokratie aussteigt!

K. Unsere augenbildliche Arbeit im Volksverein.

In kurzer Zeit schon wird das deutsche Volk zu parlamentarischen Wahlen aufgerufen werden. Wenn sie, wie man vielfach befürchtet, eine große Stärkung der äußersten Rechten und Linken bringen, so wird darin fraglos eine Gefahr für die Berufung des öffentlichen Lebens liegen, die wir Gott Dank seit Dezember genießen; insbesondere werden auch wir Katholiken keinerlei Hoffnung aus einer solchen Ernennung schöpfen dürfen. Es wird daher viel darauf ankommen, namentlich die Katholiken zu sammeln. Sie über den Zusammenhang des Kultur- und Wirtschaftslebens aufzuklären, in ihnen das Gefühl der Lebens- und Schicksalsgemeinschaft zu vertiefen, dadurch der einseitigen und ungeliebten Interessenpolitik entgegenzutreten und statt ihrer den Geist der staatsbürgerlichen Einsicht und des Verantwortlichkeitsbewußtseins für die Allgemeinheit zu wecken. Diese aufbauende Volkserziehungsarbeit ist jederzeit, besonders aber seit dem Zusammenbruch, eigentliche Arbeit des Volksvereins gewesen. Gerade die Ereignisse der letzten Jahre sind eine glänzende Rechtfertigung der Ziele und Bestrebungen des Volksvereins, der mit seiner stillen und unermüdbaren Aufklärungs- und Erziehungsbearbeitung echte und opferbereite Staatsbürger heranbildet, den Gegenstand der Landesinteressen ausgleichen und uns wieder zu einer geistigen Volksfamilie zusammenführen will. Diese Arbeit des Volksvereins gewinnt in den nächsten Wochen und Monaten erhöhte Bedeutung.

Daher ergeht an alle Geschäftsführer die dringende Bitte, ungesäumt in ihrer Ortsgruppe eine Veranstaltung aller Katholiken vorzubereiten, in der gesprochen werden sollte über die augenbildliche Lage und die Folgerungen, die sich daraus für die nächste Zukunft auch in Hinblick auf die Wahl ergeben. Wohl niemals war unter Volk so empfänglich für Aufklärung und ruhige Gemeinheitsführung als heute, wo eine rein äußerlich-mechanische und einseitig wirtschaftliche Auffassung und Behandlung des Gemeinheitslebens zusammengebrochen ist, wo ein rein materialistisch-eigennütziges Sozialismus verlagert hat. Heute ist in den westlichen Kreisen die Erkenntnis aufgedämmert, daß nur eine innere religiöse und soziale Erneuerung dauernde Besserung bringen kann. Daher heißt es, jetzt an die reifende Erkenntnis des Volkes anzuknüpfen und in schönen und erhabenen Versammlungen — und daneben vor allem auch in den Konferenzen der Vertrauensleute — den Geist der Verständigung und der Schicksalsverbundenheit zu wecken, der aus innerer Staatsbürgerlicher Einsicht eine vernünftige Wahl als Bürgerpflicht zitiert.

Die kommenden Monate werden hochgehende geistige Bewegungen bringen. Da wäre es unverantwortlich, wenn wir im Volksverein nicht oder erst in letzter Stunde unserer Schulpflicht in den einzelnen Ortsgruppen gedenken wollten. Schon jetzt müssen überall Versammlungen des V. V., die reine Katholikenversammlungen, nicht etwa politische Versammlungen sein sollten, abgehalten werden. Die Kreisgeschäftsführer sind von hagen aus gebeten worden, in ihren Bezirken die Vorbereitung dazu baldigst und eifrig in die Hand zu nehmen. An die einzelnen Geschäftsführer ergeht nun die dringende Bitte, mit beizutragen zu einer allgemeinen Versammlungstätigkeit in allen Bezirken. Das Landesbischöfliche in Hagen (Tel. 2221) vermittelt auf Wunsch bei frühzeitiger Anmeldung Redner und Material. Nur bei vollen Einsatz aller Kräfte wird uns die nächste Zeit Kraft Übererwartungen entgegen bringen. Möge daher jeder Geschäftsführer mit seinen Vertrauensleuten und in Fühlung mit dem Kreisgeschäftsführer ungesäumt das Erforderliche vorbereiten. Das ist die dringendste augenbildliche Arbeit im Volksverein.

Nur ein Mädchen.

12) Eine einfache Erzählung aus dem Leben.
Von B. v. Winterfeld.

„So schön wie dies Fest, fand ich noch keines!“ sagte sie zu Franz und blickte ihn glücklich an. „O, ich bin ja so froh, daß Heinos Gesundheit so große Fortschritte macht, wie kräftig ist er doch schon geworden!“ Und ihre Augen folgten der hohen Gestalt ihres Vaters, der eben den Saal verließ. Es war ihr selbst unbewußt, welche Liebe zu dem eben Davongehenden bei ihren Worten aus ihren Blicken leuchtete.

Franz las in den blauen Sternen, daß nicht ihm, sondern dem andern dies warme Aufleuchten galt, und sein Herz zog sich in bitterer Enttäuschung und in Groll zusammen.

„Sie lieben Ihren Vater wohl sehr, Komtesse?“ fragte er.

„Überaus!“ sah sie den Sprecher an. „Sie wissen ja, daß er mir Bruder ist. Da, ich habe ihn sehr lieb. Er ist gut, edel und fromm, das weiß niemand so wie ich.“

Franz schweig.

Als Heino, für Augenblicke in einem der Nebenzimmer Ruhe suchte, schlug die Bemerkung an sein Ohr:

„Ob Robert heute wohl endlich Mut faßt?“

„Mut, wozu?“ fragte sie zurück.

„Welche Frage! Das steht doch seit Wochen jedes Kind, daß er die Komtesse Waldenstein heiratet! Nun, sie scheint ihn ja auch gern zu haben.“

Zum zweiten Male an diesem Abend küßte Heino seinen Herzschlag stocken.

„Wie so weit war es schon! Die Spähen piffen es von den Dächern! War er denn blind gewesen?“

„Ach, es war ja alles, so natürlich! Franz war gesund, kräftig, reich und schön! Eigentümlich war es ja für Kinder ein Glück! Und sie schien ihn auch gern zu haben, sagte man. Warum denn auch nicht?“

— Er lachte auf einmal, es klang ihm selber so fremd. Dann wurde ihm plötzlich schwindlig. Hatte er am Ende doch lieber das Tanzen unter-

ten sollen? Er war ja ein Kranker, ein Schwächling. Es befiel ihn eine seltsame Lebelkeit, und noch ehe er die Tür zu erreichen vermochte, quoll Blut aus seinem Munde. Er brüllte das Tachymeter aus den Lippen und ließ sich traktlos in einen Sessel fallen.

„Sehen Sie dort! Glauben Sie mir nun?“ hörte er die bekannte Dammenstimme sagen.

„O, der Kermel!“ erwiderte die andere.

„Schnell, man muß jemand rufen!“

Wehr hörte er nicht, denn eine Ohnmacht umfiel ihn.

„Aha, wir müssen schnell heim!“ sagte erregt die Stimme des alten Grafen. „Heino ist nicht wohl!“

Sie erschrak heftig und erbeichte.

„O, Papa, gewiß hat ihm das Tanzen geschadet! Wo ist er? Kenn ich zu ihm?“

„Hat er denn gelangt?“ fragte entsetzt der alte Herr.

„Nur ein paar Extratouren mit mir.“

„Ich dachte es mir ja gleich, daß er es nicht dürfte.“ äußerte Franz, in hohem Grade unmutig, daß Aina vor dem Ende das Fest verlassen sollte, und bevor er sich ihr erklärt hatte.

„Ach, denke, wir fahren so schnell als möglich mit ihm heim“, meinte betümelnd der Graf.

Anzweifelnd war der Arzt gekommen und hatte entschieden erklärt, von einem Transport des Kranken nach Waldenstein könne vorläufig keine Rede sein, er müsse vielmehr sogleich in das Diakonissenhaus gebracht werden. Und so geschah es. Heino war bald wieder zu sich gekommen. Als Aina sich über ihn beugte, und seine nach seinem Ergehen fragte, küßte er sie: „Es geht schon besser, Aina“, aber ein tiefertrauriger Blick trat bei diesen Worten aus den dunklen Augen, so daß sie nur mit Wille die Tränen zurückhielt.

Nach zwei Tagen stellte der Arzt eine schwere Augenentzündung fest, und es folgte eine lange, bange Zeit erster Sorge. Der Kranke lag meist bewußtlos. Seine Eltern waren bei der Nachricht seiner Erkrankung zu ihm geeilt, und die Baronin schrak kaum von dem Lager des Sohnes. Täglich ritt

oder fuhr der alte Graf mit seiner Tochter in die Stadt, und Aina riskierte jedes Mal nur mit blutendem Herzen aus der Krankenstube los. Während seines bewußtlosen Zustandes rief Heino fast beständig ihren Namen, und wenn sie gerade anwesend war, legte sie ihre kühle Hand auf seine feberhafte Stirn. Dann beruhigte er sich. War sie fort, dann rief er oft in seinem Fieberwahn schmerzhaft: „Ich darf es nicht, nein, ich darf es nicht!“ Und rastlos warf er sich auf seinem Lager hin und her. Vergänglich mühte seine Mutter sich, den Sinn dieser Worte zu verstehen.

Es kamen Tage und Nächte, in denen die Kräfte des Schlimmsten befürchteten. Da bat die Oberin, Aina möchte dableiben.

„Wenn Sie bei ihm sind, liebe Komtesse, wird er ruhiger, man sieht, es tut ihm wohl, Ihre Nähe zu spüren“, erklärte sie.

„Ich bin seine Pflegegeschwister, und er ist von Kind auf so an mich gewöhnt“, erwiderte das junge Mädchen betrübt. Ihre Wangen waren während der letzten Wochen schmal geworden, und die Augen schienen größer und tiefer. Endlich besserte sich der Husten und ganz allmählich wurde aus dem Schwerkranken ein Genesender. Aber nur langsam wollten die geschwundenen Kräfte wiederkehren. Auch fehlte jede Freudigkeit, jedes Behagen, das sonst die Genesung von langer Krankheit zu begleiten pflegt. Ein tieferummer schlen die Seele des jungen Mannes zu erfüllen, der jetzt schon für einige Stunden am Tage das Bett mit einem bequemen Krankenstuhl vertauschen durfte. Die Mutter mühte sich oft abzuwenden, die verfloßene Träne zu verbergen, wenn sie auf die abgemagerte Gestalt blickte und den tiefertraurigen Ausdruck in dem schmalen weißen Gesicht sah, während er, in Gedanken versunken, mit müde zurückgelehntem Haupt, durch das Fenster auf die verstaubte Welt sah. Niemand wußte ja, was während der langen Tage der Krankheit Heino zu bitterer, schmerzvoller Arbeit geworden: Er durfte an Aina nie mehr anders, als an eine Schwester denken, seine kühnen Zukunftsträume waren für immer zerstört. Er, der frische,

lebende Mann, der er gewiß immer bleiben würde, durfte niemals daran denken, Ainas junges, lebendes Leben an das seine zu binden.

Aur Gott wußte, wie sehr er mit sich gerangelt, aber sein Entschluß war unerschütterlich. Er wußte, daß es war seine heilige Pflicht. War ihm lag so, aber, grau, und einsam die Zukunft, die ihm noch vor kurzem so glückselig, so sonnenhell erschienen. Wie sollte er es tragen! Da lernte er in diesen schweren Lebenswochen mehr und mehr seine Seele dem himmlischen Helfer zuwenden. Und allmählich wurde seine Seele stiller, wenn auch noch weit entfernt vom vollen Frieden, der Abgewunden hat.

Mit Franz war eine Veränderung vorgegangen. Die frühere, unermüdbare Heterkeit war von ihm gewichen. Unermüdbare bemühte er sich, der Familie Waldenstein auf jede Weise hilfreich und gewinnbringend zu sein, während der schweren Krankheitswochen. Zum erstenmal fühlte er Mitleid mit dem Augenbildlichen, und wenn sein Blick auf die bleiche Lebensgestalt fiel, begriff er nicht, wie er nur an die Möglichkeit hatte denken können, in Heino einen Aivalen zu sehen. Die Baronin war dem jungen Offizier von Herzen dankbar, daß er seine dienstfreie Zeit zum größten Teil dem Gemeinwesen widmete und immer neue Aufmerksamkeiten und Unterhaltungen für ihn ersonn.

„Er ist ja Ainas Bruder“, sagte er sich, und sie hat ihn so lieb wie einen solchen, da wird es sie freuen, wenn ich ihn zu gestreuen finde, und ihm die Zeit verfliehe.“

Franz Robert ist wirklich ein sehr guter Mensch“, sagte Aina eines Tages, zu ihrem Vater, als sie von einem Besuch bei Heino heimkehrte. „Es ist ein Trost, ihn jetzt so viel bei Heino zu wissen; für Tante ist es eine große Erleichterung. Sie ist von der langen Sorge jetzt oft so erschöpft.“

„Ja“, meinte der Vater, „mir gefällt Franz auch täglich besser, er hat sich recht vorteilhaft verändert.“

Erzählung folgt.

Von der amerikanischen Hilfe für Deutschland.

Aus New York schreibt man uns:

Die Berichte von der geplanten 70 000 000 Dollar-Anleihe an Deutschland für den Ankauf von Rohstoffen haben an der Chicagoer Weizenbörse sofort ein Anziehen der Preise bewirkt.

Im Kongress hat der Sozialist Berger aus Wisconsin den Antrag auf Einräumung eines 1 000 000 000 Dollar-Kredits gestellt, durch welchen Deutschland instandgesetzt werden sollte, Rohstoffmittel und Rohmaterialien in den Vereinigten Staaten zu kaufen, ohne direkte Bewilligungen durch die amerikanische Regierung, aber durch ihre Garantie. Nach dem Gesetz würde eine sich stets erneuernde Garantie geschaffen, die nach Bergrs Ausführungen auf einen Kredit von 15 000 000 000 Dollar innerhalb fünf Jahren, der Dauer des proponierten Gesetzes, hinauslaufen würde. Die amerikanische und die deutsche Regierung würden Kommissionen ernennen, um die Ausgaben zu überwachen, welche durch deutsche Werte auf beiden Seiten des Ozeans garantiert würden. Berger führt aus, daß diese Vor schläge der amerikanischen Regierung so gut wie nichts kosten werden, Deutschland würde aber dadurch das benötigte Kapital erhalten und den amerikanischen Farmern, den Baumwoll- und Fleisch-Produzenten, wäre eine Hilfe geboten. Andererseits sei die amerikanische Regierung vollständig gegen mögliche Verluste gesichert.

Wahrscheinlich in der Überzeugung, daß die Reparationskommission das Erreichen Deutschlands betreffs des 70 000 000 Dollar Rohstoffkredits nicht bewilligen wird, hat Repräsentant J. H. von New York seine Resolution für Bewilligung von 20 000 000 für die darbenende Bevölkerung von Deutschland im Kongress eingebracht. Das Geld soll für den Ankauf von Getreide, Fettstoffen usw. in den Vereinigten Staaten verwandt werden. Der Transport nach Deutschland darf nur auf Schiffen der Bundes-Schiffsbehörde stattfinden. Der Kongress vertagte sich für die Dauer von 14 Tagen.

7500 Tonnen Wehl und sonstige Nahrungsmittel, die zum größten Teil von amerikanischen Kaufleuten nach Deutschland konfiguriert sind, gingen am 20. Dezember mit dem Dampfer „Cleveland“ der United American Lines nach Hamburg ab, via Cherbourg und Southampton.

In einer Ansprache erklärte der Präsident der New Yorker Handelskammer, Irving L. Bush, daß „Hilfsmaßnahmen, wie Gewährung von Krediten an die deutsche Regierung, welche der Zustimmung der Entscheidungskommission harren müssen, und monatelange Verzögerung bedeuten, nicht genügt, um den Notzuständen in Deutschland abzuhelfen.“

Herr Bush erklärte, daß „Tausende von Kindern untergegangen sein werden“, es Regierungsbeihilfe gewährt werden kann. Er ersuchte die anwesenden Herren und Damen, dem Amerikanischen Hilfskomitee für deutsche Kinder Beistand zu leisten, um 10 000 000 Dollar für Ankauf von Nahrungsmitteln aufzubringen, die in Deutschland durch die Quäker zur Verteilung gelangen sollen. Bush ist Vorsitzender des New York City Komitees.

(c) Der Atlantikplan gegen General von Seedi.

Aus Berlin wird uns von unserem besonderen Berichterstatter geschrieben:

Durch den Reichskommissar für die Überwachung der öffentlichen Ordnung ist am Dienstag in dem bekannten Kaffee Saal am Potsdamer Platz in Berlin eine Persönlichkeit festgenommen worden unter dem bringenden Verdacht ein Attentat gegen den General v. Seedi beabsichtigt zu haben. Die betreffende

Persönlichkeit ist ein ehemaliger Offizier, der, wie sich durch die Voruntersuchung bereits herausgestellt hat, in Verbindung mit einem großen Mittelschicht die Vorbereitungen für die Ausführung des Anschlags schon so weit getrieben hat, daß das Attentat schier unmittelbar bevorstand. Der Verhaftete und eine Anzahl weiterer inzwischen festgenommener Untersuchungsergebnisse sollen die Vorbereitungen von Rostock-Anhängern in München getroffen worden sein.

Der General v. Seedi ist allerdings den Radikalen von der äußersten Rechten wie von der äußersten Linken eine in gleicher Weise mißliebige Persönlichkeit. In seiner Hand vereinen sich als Inhaber der obersten Befehlsgewalt unter dem Ausnahmezustand alle politischen Machtmittel. General v. Seedi war des öfteren genötigt, gerade auch gegen rechtsradikale, insbesondere deutschsozialistische, solche Machtmittel anzuwenden. Er hat sich deren Totschlag damit zugezogen, und wenn man sich an Dinge erinnert, die in Verbindung mit dem Hitler-Putsch in München und der Stellung des Generals v. Seedi dazu, sich zutragen, so kann man es verstehen, daß in solchen Kreisen eine unheimliche Wut über sich entfalten konnte, die schließlich, wie schon die Vorgänge beim Erbsberger- und Rastenburg-Mord zeigten, zu Mordplänen sich verdichteten. Daß es Angehörige der ehemaligen großen deutschen Armee sind, die sich immer wieder zu solchem schändlichen Treiben hergeben, ist erneut ein Beweis dafür, daß die moralische Verfallung gewisser Schichten unseres Volkes, trotz allem Erleben des letzten Jahres, gar vieles zu wünschen übrig läßt.

Die Kommunistische Partei Deutschlands.

Die Art und Weise, wie die Kommunistische Partei Deutschlands trotz ihres Verbots auf illegalem Wege ihr Weiterbestehen und ihre weitere Tätigkeit gesichert hat, geht aus einer Anweisung des im Auslande weilenden Direktoriums der kommunistischen Partei an die bisherigen Unterbezirke hervor, die der „Sozialdemokratische Parlamentsklub“ im Wortlaut veröffentlicht. Danach besteht die Leitung aus einem Direktorium von drei Personen, das in den Arbeitsgruppen „engere Beiräte“ eingeteilt, die ihrerseits leitende Komitees in den Ortsgruppen und Betriebszellen ernannt. Militärische Disziplin wird unter allen Umständen gefordert. Das Direktorium bestimmt außerdem ein sieben-gliedriges Komitee zur Leitung der Geschäfte. Der Organisationsplan enthält eingehende Anweisungen über den Kurierdienst, systematische Arbeit in den Betrieben durch Anwerbung gefelliger und kultureller Veranstaltungen (Opernvereine, Schlag-ballvereine usw.), Aufschlag von Plakaten und Klebe-zetteln, Karolen für Versammlungen. An der Anweisung heißt es weiter: „Jeder Schlag des weichen Terrors muß mit einem Schlag des roten Terrors erwidert werden. Das Bündnis zwischen Räteruchland und Räteutschland muß hergestellt werden. Die proletarischen Hundstöße müssen verstärkt werden.“ Die Arbeitsteilung ist genau nach den Wochenagen geregelt. Die Bestimmungen schließen mit dem Satz: „Nicht durch Streiks und Proteste kommt man bei der heutigen Wirtschaftslage zum Bürgerkrieg, nur durch Demonstrationen wird dieses Ziel erreicht.“

Verhaftung Trojtsky?

Im Zusammenhange mit den kürzlich gemeldeten Differenzen innerhalb der kommunistischen Partei Russlands waren gestern in Berlin Gerüchte verbreitet, daß Trojtsky auf Veranlassung seiner Gegner von der Tscheka verhaftet worden sei. Die Draht-berichte, die der Korrespondent des Berliner Volks-anzeigers aus Kopenhagen sendet, werfen jedenfalls

auf die politischen Zustände in Moskau ein charakteristisches Licht. Die Realer Zeitung „Koslednitsa Sowljetija“ berichtet unter dem 11. Januar: Nach den Mitteilungen der diplomatischen Vertreter aus Moskau soll geradezu ein Kriegszustand zwischen Trojtsky und dem Zentralkomitee und dem politischen Büro der kommunistischen Partei herrschen. Die Moskauer Institutionen hätten versucht, den im roten Heere beliebten General Budjenni gegen Trojtsky auszuspielen. General Budjenni habe jedoch eine abwartende Haltung eingenommen, während sich Trojtsky in seinem Panzerzuge verfangen habe. Von Seiten der ausländischen Diplomaten erwarte man im Falle des Sieges Trojtskys eine entschiedene Schwendung nach rechts in der Sowjetpolitik. Trojtskys erste Handlung nach einem Siege würde die Ausarbeitung einer Reform sein, durch die die bürgerliche Freiheit in Rußland wieder eingeführt werde.

Amerika und Sowjetrußland.

Aus Sowjetrußland wird uns geschrieben: Im Petersburger Sowjet ist Sinowjew in Gegenwart der in Petersburg anwesenden ausländischen Vertreter mit einer großen politischen Rede hervorgetreten die wie üblich, die Lage Sowjetrußlands als überaus günstig schilderte. Sinowjew kam aus, auf die russisch-amerikanischen Beziehungen zu sprechen und spielte in Gegenwart der ausländischen Vertreter über Hughes und dessen Enthüllungen über die kommunistische Propaganda der Sowjetregierung. Obgleich diese Enthüllungen, wie unterdessen dokumentarisch nachgewiesen worden ist, wenigstens zum Teil vollkommen den Tatsachen entsprechen, erklärte Sinowjew, daß die Dokumente, die Hughes vorgebracht habe, von einer internationalen Bande von fälschern hergestellt worden seien. Er erklärte Sinowjew, Hughes habe für diese Dokumente eine Million Dollar bezahlt. Er, Sinowjew sei bereit, alle kommunistischen Institutionen an die amerikanische kommunistische Partei Hughes zur Verfügung zu stellen, falls dieser sich bereit erkläre, eine Million Dollar der internationalen Arbeiterhilfe zu spenden. Diese Organisation besetzt sich neben der materiellen Unterstützung von kommunistischer Agitation und Propaganda.

Der Handel zwischen England und Rußland.

WEL London, 14. Jan. Der Rat der vereinigten britischen Handelskammern haben an den Erzmünster, den Staatssekretär des Äußeren und der Präsidenten des Handelsamtes eine Entschließung gefaßt, worin es für ratsam erklärt wird, den Handel zwischen England und Rußland so schnell wie möglich auszuheben, unter angemessener Rücksicht bezüglich der Anerkennung der Vorkriegsschulden Rußlands und bezüglich der Regelung der Ansprüche britischer Staatsangehöriger.

Hypothekenaufwertung und Zentrum.

Das Reichsfinanzministerium hat einen neuen Entwurf bezüglich der künftigen Hypothekenaufwertung ausgearbeitet. Darin wird das früher beabsichtigte Verbot der Hypotheken-Aufwertung überhaupt nicht mehr erwähnt, es ist vielmehr eine beschränkte und bedingte Aufwertung der Hypotheken vorgesehen. Der Berliner „Tag“ glaubt, daß diese Aenderung in der Haltung des Reichsfinanzministeriums darauf zurückzuführen sei, daß das Zentrum unter Führung des Kardinals Bettram sich gegen den ursprünglichen Entwurf ausgesprochen habe. Es wird für die Zentrumsanhänger im Land eine völlig neue Erklärung sein, daß die Zentrumspartei unter Führung des Kardinals Bettram steht. Die Keimung des „Tag“ läßt nur wieder die schon sprichwörtlich gewordene Ignoranz der gegenständlichen Presse in allen kirchenpolitischen Dingen erkennen.

Kirchliches.

Personal-Chronik der Diözese Paderborn.

Todesfälle:

5. Dez. 1923: Marg. Joseph, Prof., Dr., theol., Oberlehrer am Gymnasium in Bochum, geb. 12. 8. 1863, Priester seit 24. 3. 1887, 13. Dez. 1923: Schulte Bernhard, Pfarrvikar in Weitenbrunn, geb. 1. 7. 1889, Priester seit 3. 8. 1914, 27. Dez. 1923: Plügge Joseph, Pfarrer in Hembsen, geb. 11. 6. 1842, Priester seit 27. 3. 1868.

Ernennungen:

31. Okt. 1923: Berg Hermann, Vikar in Anfeld, zum Kooperator in Weida. Haberhausen Heinrich, Vikar in Hoppede, zum Pfarrvikar in Anfeld. 8. Nov. 1923: Cordes Joseph, Pfarrer in Ophröde, zum Pfarrer in Hirsberg, 9. Nov. 1923: Buschmeier Heinrich, Pfarrvikar in Endorf, zum Pfarrer in Didinghausen. 24. Nov. 1923: Drees Bernhard, Vikar in Borchholz, zum Pfarrvikar in Endorf. Pflü Heinrich, Pfarrer in Aplerbeck, zum Definitor des Defanats Hörde. 28. Nov. 1923: Voelckers Emil, Sekretär am Bischöflichen Generalvikariat, zum 5. Domvikar in Paderborn. 5. Dez. 1923: Heise Albert, Kooperator in Didinghausen, zum Kooperator in Neuenfelsen. 6. Dez. 1923: Preißing Joseph, Pfarrer in Hagen (St. Michael), zum Propst in Gelsenkirchen. 17. Dez. 1923: Knöck Adolf, Pfarrer in Radenrode, zum Pfarrverweser in Wistheuterode. 22. Dez. 1923: Doehlich Beowulf, Vikar in Weitenbrunn, zum Pfarrvikar in Endorf. 31. Dez. 1923: Heer Franz, Pfarradministrator in Hembsen, zum Pfarrverweser in Endorf.

Diözesan-Nachrichten.

Ernannt wurden Domvikar Friedrich Jürgensmeier in Paderborn zum Diözesansekretär der kath. Gesellenvereine im westfälischen Anteil der Diözese; Pfarrer Hallmann in Aletina zum Bezirkspräsident der Jungfrauenvereine des Defanats Reimhaide; Pfarrer Köhne in Dillingen zum Förderer des Konfessionsvereins für das Defanat Wittenberg, desgleichen Pfarrer Kießling in Altenhof für das Defanat Sünborn.

Die Pfarrgemeinde Efferhof wurde in das Defanat Altdorfen eingegliedert.

Pfarrer Lorenz Winterberg in Wistungen hat aus Gesundheitsrücksichten auf seine Pfarrstelle zum 1. März 1924 verzichtet; ebenso Pfarrer Julius Ehardt in Hontrop zum 1. Januar 1924. Domvikar Joh. Cordes legte aus Gesundheitsrücksichten sein Amt als Diözesanpräsident des Bormäusvereins nieder. An seiner Stelle ist Generalsekretär Theodor Leggen, Paderborn ernannt worden.

Ernannt wurde Generalpräses Hermann Klens in Bochum zum Diözesanpräses der katholischen Müttervereine.

Zu Bezirkspräsidenten der katholischen Jungfrauenvereine wurden ernannt: Pfarrer Heinrich Schmalenbach in Fröndenberg für das Defanat Wenden und Pfarrer Joseph Sammelmann in Gröne für das Defanat Herfloh. Zum Förderer des Konfessionsvereins wurde Vikar Wilhelm Hausnack in Wenden für das Defanat Wenden ernannt.

Die Kirchgemeinden Altengeseke, Anröchte, Berge, Eissen, Hünthausen, Langenstraße, Dester-eiden und Mellich sind aus dem bisherigen Defanatsverbande ausgeschieden und zu einem neuen Defanatsbezirk vereinigt. Im Defanatsbezirk Ratten wurden die Kirchgemeinden Coltenhardt und Sultrop dem zweiten Definiturbezirk zugeföhrt.

Druck und Verlag:

Verlagsanstalt J. I. Ruegenberg, Olpe
verantwortlich für die Gesamtabteilung: Paul Hüger
in Olpe; für die Berliner Redaktion: Dr. Krauß
in Berlin-Schöneberg.

Zur Goldmarkbuchführung

sind ohne weiteres verwendbar und sofort lieferbar die von uns hergestellten und patentamtlich geschützten

Beiers Einheits-Geschäftsbücher.

Druckschriften auf Wunsch.

„Unilas“ Geschäftsbücherfabrik, G. m. b. H., Siegen, Flurenwende Tel. 2126.

Beratung in allen Fragen der nunmehr gesetzlich vorgeschriebenen

Umstellung der Buchführung auf Goldmarkgrundlage

wird durch

Revisions- und Treuhandbüro

des von der Handelskammer öffentl. angestellten und besid. Bücherrevisors

Ferdinand Heier - Siegen
Freudenbergerstr. 5 Fernspr. 1826

Nach der Jagd !!!

empfehle ich meine bestergerichtete, mit gut geschulten Kräften versehene

Büchsenmacherei

für Reparaturen, Neuschäftung, Anfertigung neuer Säue, Fernrohrmontagen, Bräutern, Ausarbeiten von sämtlichen Waffenarten.

Zu Reuanschaffungen empfehle ich, meinen Hauptkatalog mit Vorzugspreisen gratis anzufordern. (w10)

Erwin Kirchhoff, Waffenfabrik

Größtes Spezial-Geschäft

des Berg-, Oberberg- u. Samerlandes

Wittenhausen, unbel. Rheinland,

Fernspr. 613 Amt Gummersbach.

Konsum-Verein Rhode

Samstag, den 27. ds. Mts., nachm. 4 Uhr,

findet bei Herrn Rob. Schnütgen-Rhode die

General-Verammlung

statt.

Tagesordnung:

1. Rechnungsablage und Entlastung des Vorstandes.
2. Wahl des Vorstandes, Aufsichtsrates u. Revisoren.
3. Festsetzung der Geschäftsanteile u. Haftsumme in Goldmark.
4. Festsetzung des Eintrittsgeldes für neue Mitglieder.
5. Verschiedenes.

Es laßt ein (H169)

Der Vorstand. Der Aufsichtsrat

Neue Betten

hochf. rot dacht, Daunenkörper, gleiche Ware wie vor dem Kriege Katalog m. über 50 Betten in verschied. Preislagen frei bei Lagerbesuch Fällung im Beisein des Käufers. Falls Bestellung g. schrittlich erfolgt, muss voller Wert in Papiermark im Voraus eingewandt werden. Vor Bestellung P. eisteile verlangen!

Bettfedern, Halbdauen und Daunen

je nach Qualität Gold-Mark: 1,25, 1,80, 2,10, 2,90, 3,5, 4,2, 6,00, 7,40, p. Pfd

Oberbett mit 7 Pfund	18,75	23,55	27,40	29,50
Unterbett mit 6 Pfund	17,50	22,30	26,60	27,40
2 Kissen, mit 6 Pfund	11,5	13,60	16,25	17,85
1/2schlängl. Bett rns.	47,80	59,45	69,35	74,75
Dauer-lbschlängl. Bett	61,8	65,55	76,55	82,55

1 Gold-Mark — 1/4 Dollar. Lieferung erst nach Bestät. ung.

Bettfedern-Großhandlung

W. Büttner, G. m. b. H. Werl Nr. 12 W

Amt Olpe.

Öffentliche Mahnung!

An die Zahlung der fälligen Reichs-, Staats- und Gemeindesteuern, sowie der sonstigen öffentlichen Abgaben (Rekt der Einkommensteuer für 1923, Abteilungs-Abgabe, Grundvermögenssteuer, i. Gewerbesteuer, Landwirtschaftskammer- und Handwerkskammerbeiträge pp.) wird hiermit erinnert. Vom 25. ds. Mts. ab werden die Rückstände zwangsweise beigetrieben.

Olpe, den 17. Januar 1924.

Amtskasse Olpe.

(H167) Mises.

- K. G. - Cito - Allright -

Leistungsfähige Motor- und Fahrradfabrik

sucht tüchtigen

Vertreter.

Ausstellungsraum erwünscht.

Gehr. Löwen, Hagen i. W.

Telefon 4226. (H173)

Ernst Giebel

SIEGEN

Bahnhofstrasse 4.

Ausführung aller bankmäßigen Geschäfte

An und Verkauf von Wertpapieren

Kulante Verzinsung von

Papier- und

Rentenmark-Einlagen

Errichtung laufender Rechnungen

Vorstellung und Aufbewahrung von Effekten in eigenen Stahlkammern w 87

Beratung und Auskünfte kostenlos

Telefon Nr. 1871, 1872, 1873 und 1874

Telegr.-Adr. Bergwerke.

Die glückliche Geburt eines gesunden

Mädchens

zeigen hochachtungsvoll

Dipl.-Ing. Emil Kemper u. Frau

Gerda geb. Schneider.

Olpe, den 18. Januar 1924. (H168)

Dankfagung.

Für die herzliche Teilnahme bei dem plötzlichen Tode unseres geliebten Vaters sagen wir allen hierdurch unsern innigsten Dank. (H174)

Saalhausen, den 19. Jan. 1924.

Familie Theodor Voß

Ein in Haus- und

Gartenarbeit erfahrene

ordentliches

Mädchen

für sofort gesucht. (H175)

Frau Julius Hefel,

Altenborn.

Mittelschweres

Schwein

zu kaufen gesucht.

2 noch gut erhaltene

Winterkistchen

zu verkaufen. (H183)

Winkel, Altenborn,

Stinnesdorferstraße 12.

Linoleum-

Teppiche

Vorlagen

Läufer

Cocosläufer

Fussmatten

A. Zimmermann,

Olpe b. Landratsamt.

Tel. 290.

Winkel, Altenborn,

Stinnesdorferstraße 12.